

Erhard Franz

**Exilopposition als politischer Akteur (I):
Oppositionsgruppen aus der Türkei**

DOI-FOCUS

bietet kurze Analysen zu überregional bedeutsamen politischen Ereignissen und ökonomischen wie gesellschaftlichen Entwicklungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost.

DOI-FOCUS

ergänzt die länderkundlichen Darstellungen des vom Deutschen Orient-Institut herausgegebenen Nahost-Jahrbuches.

DOI-FOCUS

gibt in seinen Analysen die Meinung der jeweiligen Autoren wieder.

Autor

Erhard Franz (*1938) ist Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg. Studium der Ethnologie, Alten Geschichte und Theaterwissenschaft; 1966/1967 Feldforschung in Zentralanatolien, Dissertation. Nach Feldforschung in Afghanistan und Tätigkeit am Museum für Völkerkunde in Berlin 1972 bis 1976 Mitarbeiter der Dokumentationsleitstelle Vorderer Orient beim Deutschen Orient-Institut, 1976 bis 1984 deren Leiter, seit 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter am DOI.

Herausgeber

Deutsches Orient-Institut, Hamburg

Verantwortlich

Hanspeter Mattes

Redaktionsleitung

Jan Cremer

Redaktion

Amke Dietert

Anschrift

Deutsches Orient-Institut**Neuer Jungfernstieg 21****20354 Hamburg****Phon 040-42834514****Fax 040-42834509****email focus@doihh.de**

Erscheinungsweise

unregelmäßig

Printauflage

100 Stück**ISSN 1619-2729**

Online-Ausgabe

abrufbar unter www.doihh.de**ISSN 1619-2737**

Copyright und alle Rechte

Deutsches Orient-Institut, 2002

Zum DOI-Forschungsprojekt:

Opposition und Exil – Opposition im Exil

Seit dem Jahr 2002 – vor allem nach Beginn der Phase II des Antiterrorkampfes – hat auf der Agenda der US-Administration der Sturz des irakischen Staatschefs Saddam Husain Priorität. Mit dem Sturz Saddam Husains ist der Aspekt der systemischen Gestaltung des „Neuen Irak“ korreliert. Die Frage nach der Mitwirkung der irakischen Exilopposition bei diesem Neugestaltungsprozess und der politischen Rolle der irakischen Exilopposition im „befreiten Irak“ rückt damit in den Vordergrund.

Exilopposition, teilweise in der Literatur auch als „Auslandsopposition“ bezeichnet, ist aber nicht erst seit dieser spezifischen Entwicklung ein wichtiger politischer Akteur, den es in Analysen einzubeziehen gilt. Spätestens mit dem Sturz des Schahregimes durch den aus dem Exil heraus wirkenden Ayatollah Khomeini 1979 war eine solche Fragestellung opportun und zwingend. Allerdings hat über das konkrete Beispiel Iran hinaus das Wirken von Exilopposition – trotz der Existenz von Exiloppositionsgruppen aus zahlreichen Staaten (Algerien, Tunesien, Libyen, Sudan, Ägypten, Saudi-Arabien, Bahrain, Irak, Türkei, Iran) und trotz aller Virulenz ihres Auftretens – in der Vergangenheit wenig Forschungsinteresse gefunden.

Dieses Forschungsdefizit war Anlass für das *Deutsche Orient-Institut*, sich im Rahmen seines Forschungsschwerpunkts *Politische Opposition und gesellschaftlicher Wandel* auch mit dem Akteur Exilopposition auseinanderzusetzen.*

Die Existenz von Exilopposition wirft eine ganze Reihe von Fragen auf, die um folgende zentrale Aspekte kreisen:

1. Das Verhältnis von Exilopposition und Heimatregime

Opposition und Regimecharakter stehen in einem engen Wechselverhältnis. Je autoritärer und repressiver ein Regime, desto eher ist die Bildung von Opposition nur im Untergrund oder im Ausland als Exilopposition möglich.

2. Intra- und interorganisatorische Aspekte von Exilopposition

Neben dem soziologischen, politisch-programmatischen und institutionell-organisatorischen Profil der einzelnen Exiloppositionsgruppen ist insbesondere das Verhältnis der Exiloppositionsgruppen untereinander (Kooperation vs. Konfrontation) zu hinterfragen. Die Untersuchung dieser intra- wie interorganisatorischen Aspekte ist deshalb von großer Bedeutung, weil diese die „Schlagkraft“ der Exilopposition direkt beeinflussen.

3. Exilopposition und ihre Kommunikation mit der Umwelt (Diaspora und Gastland)

Dieser Aspekt bezieht sich sowohl auf die Beziehungen zwischen Exilopposition und jeweiliger Auslandsgemeinde (Diaspora) als auch auf die Beziehungen zwischen Exilopposition und den politischen Akteuren des Gastlandes, deren Wohlwollen und parteiisches Agieren gesucht wird.

* Vgl. zu den Fragestellungen der Untersuchungen:
<www.duei.de/doi/show.php/de/content/forschung/opposition.html>

4. Beziehungsgeflecht zwischen Exilopposition und Inlandsopposition

Die Exiloppositionsgruppen versuchen durch Propaganda und Mobilisierungsversuche Anhängerschaft in ihrem jeweiligen Heimatland zu aktivieren und zu organisieren. Diese Versuche sind hinsichtlich ihrer Erfolge zu hinterfragen. Zu analysieren sind ebenfalls die sich herauskristallisierenden Konflikte mit der in den Heimatstaaten bestehenden legalisierten Opposition.

5. Die „Counterexile Strategies“ der Heimatregime

Diese Strategien beinhalten sowohl Maßnahmen zur politischen Neutralisierung der Exilopposition (Maßnahmen von Kooptierungsversuchen bis hin zu Liquidierungen) als auch Maßnahmen zur Beeinflussung des Gastlandes, damit dessen politische Akteure den Handlungsspielraum der Exilopposition einschränken.

6. Strategien der Gastländer gegenüber der Exilopposition

Die Strategie des Gastlandes gegenüber Exilopposition auf seinem Territorium variiert je nach politischer Ausrichtung der Exilopposition und je nach den politischen Beziehungen zwischen dem Gastland der Exilopposition und dem Heimatregime der Exilopposition. Die dabei zu beobachtende Instrumentalisierung der Exilopposition, wie am Beispiel der libyschen Exilopposition durch die USA oder derzeit am Beispiel der irakischen Exilopposition nachzuvollziehen, gilt es in allen ihren Facetten herauszuarbeiten.

Mit dieser Ausgabe des *DOI-Focus* beginnt eine lose Serie von Analysen zur Exilopposition, in denen anhand von Länderanalysen oder von gruppenspezifischen Analysen einzelne der genannten Aspekte aufgegriffen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt folgt auf der Basis der Einzelstudien zur Exilopposition ein bilanzierender Beitrag, in dem die Frage nach dem Einfluss von Exilopposition auf Entwicklungen im Herkunftsland bzw. auf einen Regimewechsel im Mittelpunkt stehen wird.

Angesichts der bisherigen faktischen Erfolglosigkeit der zahlreichen existierenden Exiloppositionsgruppen bei der selbstgestellten Aufgabe, Macht-, Regime- oder Systemwechsel herbeizuführen, werden die Fallstudien zur Region Nordafrika, Nah- und Mittelost (bis auf das erfolgreiche Beispiel Iran) allerdings verstärkt Studien zu den Gründen für das politische Scheitern sein.

Hanspeter Mattes

Oppositionsgruppen aus der Türkei

1. Politische und gesellschaftliche Determinanten für die Herausbildung von Exiloppositionen

Historische Entwicklungen sowie politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben zur Ausprägung von Oppositionsbewegungen mit unterschiedlichen, sich gelegentlich zum Teil überlagernden Zielsetzungen geführt: türkisch und nicht-türkisch nationalistischen, religiösen und sozialistischen. Im vorliegenden Kontext werden nur solche Oppositionsbewegungen behandelt, die in der Türkei entstanden sind und sich von dort aus als Exilorganisationen etabliert haben bzw. in Opposition zu den herrschenden politischen und gesellschaftlichen Bedingungen in der Türkei stehen. Einige dieser Oppositionsbewegungen setzen zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen Gewalt ein und gelten auch im Ausland als terroristische bzw. kriminelle Organisationen. Nicht behandelt werden Organisationen, die von Nachfahren osmanischer Untertanen im Ausland getragen werden, wie z.B. die *Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia* (ASALA) oder die *Asuristan Liberation Army*.

Mustafa Kemal Pascha, seit 1934 „Atatürk“ (Vater der Türken), wollte die 1923 proklamierte neue Republik Türkei (*Türkiye Cumhuriyeti*) nach europäischen Vorbildern zu einem „zivilisierten“ westlichen Staat gestalten. Seine Konzeption von Verwestlichung bezog sich auf alle Lebensbereiche, auf die Wissenschaft und Technik, ja selbst auf die Kleidung.

1931 verkündete er die sechs Grundprinzipien seiner neuen Staatsideologie, des späteren „Kemalismus“ (*Atatürkçülük*). Sie fanden 1937 Eingang in die Verfassung. Auch die dritte Verfassung von 1982 hielt in ihrer Präambel an diesen Prinzipien und dem von Atatürk formulierten Verständnis von Nationalismus fest.¹ Dies schlug sich u.a. in Artikel 3, Absatz 1 nieder, der den türkischen Staat mit seinem Gebiet und seinem Volk als „unteilbares Ganzes“ fest schrieb.² Dem Volk darf, wie es in Artikel 42, letzter Absatz weiterhin hieß, keine andere Sprache außer türkisch als Muttersprache gelehrt werden.³ Damit legitimierte sich der türkische Staat durch das ihn tragende türkische Staatsvolk.

Als Erbe des osmanischen Vielvölkerstaates beherbergt auch die Türkei zahlreiche sprachliche und religiöse Minderheiten auf ihrem Staatsgebiet. Davon genießen die im Lausanner Friedensvertrag von 1923 namentlich aufgeführten religiösen Minderheiten (griechische und armenische Christen sowie Juden) einen gewissen Minderheitenstatus mit Recht auf eigene Schulen und Pflege ihrer Sprache. Alle übrigen sprachlichen und religiösen Minderheiten haben nach Verfassung und Gesetzen keinen speziellen Rechts- oder Schutzstatus.

1.1. Sprachliche Diversität

Die größte sprachliche Minderheit bilden Bevölkerungsteile mit kurdischer Muttersprache. Sie machen schätzungsweise 20% der Gesamtbevölkerung aus, wobei sie in mehreren Provinzen Ost- und Südostanatoliens die Bevölkerungsmehrheit bilden. Ihre Sprache, das *Kurmancî*, ist eine Dialektgruppe des Kurdischen, das seinerseits zur Nordwestgruppe des iranischen Sprachzweiges gehört. Zur Wiedergabe des *Kurmancî* verwenden Kurden aus der Türkei ein erweitertes lateinisches Alphabet, wobei unterschiedliche Schreibweisen von Namen und Begriffen vorkommen.⁴

¹ Vgl. Verfassung der Türkischen Republik, in: Orient, Band 24, 1983, Heft 2, S. 316-357; hier S. 316. Erst eine Verfassungsänderung 2001 strich diese Passage.

² Verfassung, a.a.O., S. 317.

³ Verfassung, a.a.O., S. 324.

⁴ Die im Beitrag verwendeten Schreibweisen folgen im wesentlichen Omar, Feryad Fazil:

Durch Umsiedlungen in osmanischer und in republikanischer Zeit, rezente Vertreibungen und Massenabwanderungen in die industriellen Ballungszentren im Westen der Türkei, lebt heute nur noch etwa die Hälfte der kurdisch muttersprachlichen Bevölkerung in Ost- und Südostanatolien.

Mehrere Aufstände im Südosten zur Zeit Atatürks – 1925 Scheich Said von Palu, 1930 İhsan Nuri Pascha im Ararat-Vangebiet und 1937/1938 Sait Rıza in Dersim (heute im Wesentlichen die Provinz Tunceli) – ließen Zweifel an der Loyalität der kurdischen Bevölkerung gegenüber der neuen türkischen Republik aufkommen. Mit einer gezielten Türkisierungspolitik, einschließlich Umsiedlungen und Vertreibungen, sowie mit harten gesetzlichen Maßnahmen gegen „Separatisten“, geht der türkische Staat bis heute gegen jede Bewegung vor, die durch Forderungen nach Autonomie oder gar Selbstbestimmung für eine Minderheit die Einheit von Staatsgebiet und Volk im kemalistischen Sinne bedroht. Die türkische Exekutive behält das Entstehen von Organisationen oder Parteien, die „separatistische“ Ziele verfolgen könnten, unter scharfer Beobachtung. Wiederholt verbot das Verfassungsgericht seit 1983 Parteien, die für eine kurdische Autonomie eintraten, auch solche, die durch legalistische Winkelzüge im Parlament vertreten waren, und Staatssicherheitsgerichte verurteilten die Spitzenfunktionäre dieser Parteien zu hohen Gefängnisstrafen.

Eine weitere Sprache der Nordwestgruppe des iranischen Sprachzweiges ist das *Zazaki* (auch als *Dimili* oder *Kirmancki* bezeichnet). Sprachwissenschaftler führen es auf eine ältere Wurzel als das Kurdische zurück. Verbreitet ist diese Sprache vorwiegend unter Bevölkerungsgruppen in den Provinzen Tunceli, Elazığ, Bingöl, Muş, Erzincan sowie auch in Urfa. Insgesamt dürften ungefähr 0,5 Mio. türkische Staatsbürger *Zazaki* als Muttersprache sprechen.

Im Süden der Türkei, speziell in den Provinzen Hatay und Adana, sprechen entlang der Grenze zu Syrien und zum Irak bis zu einer Mio. Personen Arabisch als Muttersprache.

Obwohl die bis 1990 alle fünf Jahre durchgeführten Volkszählungen auch Fragen nach der jeweiligen Muttersprache enthielten, stammen die letzten offiziellen Zahlen vom Zensus 1965. Die Ergebnisse wiesen in einzelnen Provinzen erhebliche Abweichungen gegenüber denen vom Zensus 1960 auf, sodass berechnete Zweifel an der Gültigkeit der Aussagen bestehen.

1.2. Islamische Diversität

Eines der sechs von Atatürk verkündeten Staatsprinzipien war der Laizismus, die Trennung von Staat und Islam. Mustafa Kemal Pascha hatte im traditionellen Islam und seinen Vertretern ein Hindernis für die Modernisierung des Landes gesehen. Bei der Säkularisierung ging er schrittweise vor: 1924 schaffte er das Kalifat und die Institution des *Şeyh ül-İslam*, die Oberste religiöse Autorität für die sunnitischen Untertanen des Osmanischen Reichs, ab. Ein *Direktorat für Religiöse Angelegenheiten (Diyamet İşleri Müdürlüğü)* mit verminderten Zuständigkeiten ersetzte das osmanische Ministerium für Scherriatsangelegenheiten und fromme Stiftungen. Ein Jahr später, nach dem Aufstand von Scheich Said 1925, der neben kurdisch-nationalen auch antilaizistische Züge getragen hatte, löste Atatürk die religiösen Ordensbruderschaften, die Sufi-Orden, auf.

Für den von Atatürk angestrebten umfassenden Gesellschaftswandel mussten neue Inhalte die osmanische Identifizierung mit dem Islam ersetzen. Der Rückgriff auf ein hochstilisiertes Urtürkentum und dessen Rittertugenden sollten dem wieder entdeckten „Türken“ auch neue moralische Werte vermitteln.

Beeinflusst durch den bereits 1924 verstorbenen Sozialphilosophen Ziya Gökalp, wandelte sich nach dem Tode Atatürks das

kemalistische Laizismusverständnis. Gökalp hatte zwischen Kultur und (technischer) Zivilisation unterschieden. Die Religion war für ihn ein Bestandteil der Kultur; übertragen auf die Türkei bilde der Islam also einen Bestandteil der türkischen Kultur. Aus dem Versuch, eine Brücke zwischen Türkentum und Islam zu schlagen, entstand allmählich die *Türkisch-Islamische Synthese (Türk-İslam-Sentesi)*.

Die zweite Verfassung der Republik von 1961 übernahm das *Direktorat für Religiöse Angelegenheiten* in die allgemeine Verwaltung, und ein Gesetz erhob es 1965 zur Behörde (*Diyanet İşleri Başkanlığı/DİB*). Folgerichtig erließ die Regierung 1970 ein weiteres Gesetz, das alle Bediensteten dieser Behörde verbeamtete. Artikel 136 der dritten Verfassung von 1982 beschreibt das DİB als eine Behörde, deren Aufgabe es ist, im Rahmen des Laizismusprinzips die nationale Integrität und Solidarität zu fördern.⁵ Das DİB darf also einerseits keine Gegensätze zwischen Islam und säkularem Staat konstatieren, andererseits soll es im Sinne eines türkischen Staatsislam die unterschiedlichen Formen des praktizierten Islam mit allen ihren nonkonformistischen Ausprägungen unter seiner Aufsicht vereinen.⁶

Exkurs Sufi-Orden: Im Osmanischen Reich hatten Sufi-Orden mit ihren Netzwerken von Ordenszweigen erheblichen politischen Einfluss besessen, und der Staat hatte Loyalität mit der Zuweisung von Pfründen belohnt. Trotz des Verbots der Orden 1925 bestanden sie in der Republik weiter fort. Durch eine Änderung des Stiftungsgesetzes 1968 konnten einzelne Ordensoberhäupter (Scheichs) ihre zu Museen gemachten Ordenshäuser (*Tekke, Zaviye, Dergâh*) unter dem Deckmantel kultureller oder sozialer Stiftungen wieder beleben

und so ihr konservatives Islamverständnis weiterverbreiten. Heute sind in der Türkei Ordenszweige anzutreffen, die zur *Nakşibendiye*, zur *Halvetiye*, zur *Kadiriye* und zur *Mevleviye* gehören.

In der Regel ernennt das Oberhaupt eines Ordenszweiges, der Scheich (Ehrwürdige), zu Lebzeiten einen oder mehrere Kalifen, Stellvertreter (*Halife*), die die Lehren des Ordenszweiges verbreiten und nach dem Tode des Scheichs dessen Nachfolge antreten. In einigen Fällen, wenn z.B. ein Scheich verstarb, ohne je einen Nachfolger ernannt zu haben, übernahmen Ordenschüler ohne die letzte Weihe zum Kalifen die Führung der Gemeinschaft (*Cemaat*). Daneben gründeten auch Ordenschüler mit eigenen, neuen islamisch-theologischen Ansätzen Gemeinschaften von Anhängern. Die den Sufi-Orden nahe stehenden Gemeinschaften werden in der Türkei ebenfalls der Ordensbewegung zugeordnet.

Eine politische Wiederbelebung der Ordensbewegung (*Tarikatçılık*) erfolgte 1969 mit der Gründung der *Nationalen Ordnungspartei (Milli Nizam Partisi/MNP)* durch Necmettin Erbakan. 1970 verboten, entstand 1972 die *Nationale Heilspartei (Milli Selamet Partisi/MSP)* als Nachfolgepartei. 1981 löste die Militärführung alle bestehenden Parteien auf. Aber bereits 1983 gründeten Anhänger von Erbakan die *Wohlfahrtspartei (Refah Partisi/RP)*, deren Vorsitz 1987 Erbakan wieder übernehmen konnte. 1997 verbot das Verfassungsgericht die RP, sowie 2001 die *Tugendpartei (Fasilet Partisi/FP)*, die sich bereits Ende 1996 als Ersatzpartei etabliert hatte.

Die MSP und danach die RP waren das politische Sammelbecken der Sufi-Ordensbewegung in der Türkei. Ihre Anhänger stiegen in die höchsten Staatsämter auf (z.B. Erbakan zum Ministerpräsidenten 1996/1997).

Nicht immer offen erklärtes Ziel der Ordensbewegung ist, die Türkei in einen islamischen Staat umzuwandeln und in ihm das Schariatsrecht wieder einzuführen. So weit sie das über politische Parteien versu-

⁵ Artikel 136 der Verfassung von 1982, a.a.O., S. 345.

⁶ Zum DİB vgl. Steger, Ursula: Der Islam, in Grothusen, Klaus-Detlev (Hrsg.): Südosteuropa Handbuch 4. Türkei, Göttingen 1985, S. 591-612, hier S. 599 ff.

chen, bewegen sie sich wegen ihrer antilaiszistischer Bestrebungen in einer legalen Grauzone.

Einige aus der Ordensbewegung hervorgegangene Gemeinschaften versuchen, ihre antisäkularen Vorstellungen auf spektakuläre Art und Weise bis hin zur Militanz zu verwirklichen. Damit stehen sie deutlich außerhalb der Legalität und die Sicherheitskräfte gehen rigoros gegen sie vor.

Anhänger des fundamentalistischen Islam sind in der Türkei zahlenmäßig gering. 1998 starteten die Sicherheitskräfte eine ausgedehnte Kampagne gegen die türkische (sunnitische) *Hizbollah*, von denen einige Gruppen besonders im Südosten des Landes den bewaffneten *Jihad* einsetzten, um einen islamischen Staat zu errichten.

Obwohl offiziellen Angaben zufolge 99% der Gesamtbevölkerung der Türkei Muslime sind, fühlen sich etwa 20% weder dem durch den Staat vertretenen sunnitischen noch dem schiitischen Islam zugehörig. Es sind die Alewiten (*Alevi*), deren Glaubensvorstellungen und religiöse Praktiken erheblich vom Hochislam abweichen.

Exkurs Alewitentum: In religionsgeschichtlicher Sicht kann man unter Alewiten alle Gruppen mit ähnlichen Glaubensdogmen und Riten zusammenfassen, die sich seit dem 13. Jahrhundert in Anatolien herausgebildet haben und die sich durch die Aufnahme alttürkisch-schamanistischer, christlicher, manichäischer und zoroastrischer Glaubenselemente von ihren in einem extremen dogmatischen Verständnis der frühen Schia und des Sufismus liegenden Ursprüngen weit entfernt haben.

Die Gesellschaft der Alewiten besteht aus zwei Kasten, die strikte Endogamie einhalten: aus der Masse der Laien (*Talip*) und den Geschlechtern der „heiligen Familien“ (*Ocak*), aus denen die für bestimmte Gruppen der Laien zuständigen religiösen Führer (*Mürşit, Pir, Dede*) hervorgehen.

Den alewitischen Glaubensvorstellungen ganz ähnlich sind auch die des *Bektaşî*-

şî-Ordens. Im Gegensatz zu den Alewiten, bei denen eine primäre Zugehörigkeit durch die Geburt gegeben ist (*Bel evladları*), ist der *Bektaşî*-Orden eine Beitrittsgemeinschaft (*Yol evladları*) mit einer nicht durch Geburt und Abstammung bestimmten Führung. Durch die Einwanderung „ethnischer“ Türken aus den Balkanländern (u.a. durch die Massenflucht aus Bulgarien 1989) entstanden in der Türkei wieder neue Ableger und Ordenshäuser.

Diskriminierungen als heterodoxe Muslime und Verfolgungen durch fanatische Sunniten bis in die Gegenwart hinein bewirkten bei den Alewiten, dass sie sich für einen rigorosen Laizismus einsetzten. Als Minderheit nahmen (und nehmen) sie in starkem Maße die säkularen Bildungsmöglichkeiten wahr. Damit verbunden war eine Beeinflussung der Jugend durch sozialistisches Gedankengut, das Links-Intellektuelle in den fünfziger und sechziger Jahren an den Bildungseinrichtungen verbreiteten. In den siebziger Jahren waren viele Alewiten in der türkischen Linken aktiv. Als Folge davon wurden die Alewiten insgesamt mit dem Linksliberalismus und Kommunismus und deren militanten Ableger identifiziert und es kam u.a. in Maraş und Çorum zu Ausschreitungen aufgehetzter Sunniten gegen sie.

Der Brandanschlag 1993 auf ein Hotel in Sivas, in dem anlässlich einer Gedenkfeier alewitische Schriftsteller und Dichter abgestiegen waren und bei dem 37 Personen den Tod gefunden hatten, ließ eine neues Eigenverständnis unter den Alewiten entstehen. In der Folgezeit entstanden eine Reihe neuer alewitischer Vereine und Stiftungen.

Dadurch, dass etwa ein Viertel bis ein Drittel der Alewiten gleichzeitig Kurden sind, unter denen die verbotene PKK ihre Anhänger hat, ergeben sich Verquickungen zwischen dem Kurden- und dem Alewitenproblem in der Türkei. Im März 1995 beschossen unbekannte Täter, vermutlich extreme Sunniten, aus einem Taxi heraus mehrere Teehäuser und eine Konditorei in Gaziosmanpaşa, einem vorwiegend von

Zuwanderern aus dem Osten bewohnten Alewiten-Viertel in Istanbul. Dabei töteten sie einen älteren Alewiten (und anschließend den Taxifahrer). Demonstrationen der Bewohner des Viertels arteten in Krawalle aus. Die Polizei griff rigoros durch. Für sie waren die Demonstranten „Ossis“, Zuwanderer aus dem Osten, also Kurden und daher PKK-verdächtig. Es gab 21 Tote und über 200 Verletzte.

1.3. Ideologische Diversität: Die türkische Linke

Der Verfassung der Türkei nach darf keine bestimmte Klasse die Staatsgewalt ausüben. Auch darf keine Person oder Gruppe die Staatsgewalt auf eine Klasse stützen und gegenüber anderen gesellschaftlichen Klassen absichern.⁷ Bewegungen, die eine Herrschaft des Proletariats anstreben, sind daher gesetzlich verboten.⁸

Bereits in den Anfängen der Republik existierte eine kommunistische Bewegung in der Türkei, die sich an der Sowjetunion orientierte. Nach Einführung des Mehrparteiensystems (1945) existierte 1946 für wenige Monate die TİÇP (*Türkiye İşçi ve Çiftçi Partisi – Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei*). 1961 entstand die TİP (*Türkiye İşçi Partisi – Arbeiterpartei der Türkei*). Nach den Wahlen 1965 und 1969 war die TİP im Parlament vertreten. Von 1971-1974 verboten, ermöglichte eine unter der Regierung Ecevit erlassenen Generalamnestie 1974 im gleichen und im folgenden Jahr die Gründung von vier Nachfolgeparteien unter Frau Behice Boran, Mehmet Ali Aybar, Mihri Belli und Ahmet Kaçmaz. 1978 entstand unter dem Vorsitz von Doğu Perinçek die TİKP (*Türkiye İşçi Köylü Partisi – Arbeiter und Bauernpartei der Türkei*).⁹ Diese Vielzahl spiegelte die

ideologische Zerstrittenheit der türkischen Linken nach dem Einmarsch der Sowjetunion in die damalige Tschechoslowakei (1968) wider. Einige dieser Parteien verbot das Verfassungsgericht bereits vor dem Militärputsch im September 1980, die übrigen fielen unter die von der Militärführung im Oktober 1981 verhängte Zwangsauflösung aller bestehenden Parteien. 1992, nach der Wiedezulassung von Parteien, die nicht durch einen Beschluss des Verfassungsgerichts verboten worden waren, schloss sich die wiederbelebte TİKP der kurz zuvor entstandenen İP (*İşçi Partisi – Arbeiterpartei*) an. Bei den Wahlen 1999 blieb die İP erfolglos; ihr Vorsitzender, Doğu Perinçek verbüßte mehrere Haftstrafen. Eine Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (*Türkiye Birleşik Komünist Partisi/TBKP*) gründeten 1991 Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die bei ihrer Rückkehr aus dem Exil 1987 in der Türkei verhaftet worden und bis 1991 inhaftiert gewesen waren. 1992 verbot das Verfassungsgericht die Partei bereits wieder.

2. Gruppen und Organisationen der türkischen Auslandsopposition

3,52 Mio. türkischer Staatsbürger leben im Ausland, davon allein 3,07 Mio. in Westeuropa. Zusammen mit ihren im Ausland geborenen Kindern besitzen weitere rund eine Mio. aus der Türkei stammende Personen die Staatsbürgerschaft eines europäischen Staates.¹⁰ Unter den Migranten aus der Türkei sind einige Minderheiten (Kurden, Yeziden, Alewiten, Christen) proportional stärker vertreten als innerhalb der Gesamtbevölkerung ihrer Heimat. In den letzten beiden Dekaden kam zu den Arbeitsmigranten eine wachsende Zahl politischer Asylanten hinzu. Beide Umstände – erhöhte Minderheitenquote und politische Asylanten – gaben einen fruchtbaren Nährboden für politische Oppositionsgruppen

⁷ Art. 6/3 und 14/1, Verfassung 1982, a.a.O., S. 317 und 318.

⁸ Ursprünglich die Paragraphen 141 und 142 des Türkischen Strafgesetzbuches, seit 1991 durch das Antiterrorgesetz ersetzt.

⁹ Vgl. Landau, Jacob M.: Turkey, in: Tachau, Frank (Hrsg.): Political Parties of the Middle

East and North Africa. Westport/Con. 1994, S. 549-610.

¹⁰ Turkish Daily News (TDN), Ankara, 2.1.2002 („Number of Turks living abroad...“).

ab. In der Türkei verbotene Oppositionsgruppen verlegten ihre Operationsbasis ins Ausland und bauten dort neue Organisationsstrukturen auf oder aber sie formierten sich im Ausland neu. Gefördert durch ein liberales politisches Klima sowie durch Größe und Zusammensetzung der Diaspora

bedingt, etablierten sich türkische Exiloppositionen vorwiegend in Westeuropa. Im Vergleich dazu sind ihre Organisationsstrukturen in Nordamerika (0,16 Mio. türkische Staatsangehörige) und in Australien (0,05 Mio.) rudimentär.

Übersicht 1: Die Gruppen der Exilopposition aus der Türkei*

		türkisch	kurdisch	zazaisch
religiös	sunnitisch	İGMG Hilafet Devleti İBDA-C Nurcular	HIK PİK	
	alewitisch	AABF FUAF	FEK	
kommunistisch	ideologisch		PSK	
	radikal	DHKP-C inkl. THKP-C MLKP TKP/ML inkl. TKP(ML)		
national	radikal		PKK/KADEK	x

* Einschließlich Unterorganisationen und sympathisierenden Gruppen.
Quelle: Eigene Zusammenstellung.

2.1. Religiöse Opposition

2.1.1. Islamistisch-türkische Gruppen

IGMG (*Islamische Gemeinschaft Milli Görüş*)

1985 entstand als damals noch illegale Auslandsorganisation der Nationalen Heilspartei (MSP) von Necmettin Erbakan die in Köln als Verein eingetragene *Vereinigung der Neuen(!) Weltsicht in Europa (Avrupa Milli Görüş Teşkilâtı/AMGT)*.¹¹ 1995 organisierte sie sich neu. Für den kulturellen Bereich wurde die IGMG zuständig, während der ebenfalls neu geschaffene Verein *Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft (EMUG)* die Verwaltung des auf 200 Mio. DM geschätzten Immobilienbesitzes der AMGT übernahm.

Die IGMG hat ca. 27.000 Mitglieder.¹² Generalsekretär ist seit 1997 Mehmet Sabri Erbakan, ein Neffe von Necmettin Erbakan. Den Vorsitz führt seit 2000 kommissarisch Yusuf Işık, nachdem der langjährige Vorsitzende, Ali Yüksel 1999 zurücktreten musste, weil er nach islamischen Ritus eine weitere (wesentlich jüngere) Frau geheiratet hatte, ohne offiziell geschieden zu sein.

Der Zentrale in Köln unterstehen Gebietsleitungen, die wiederum die Ortsvereine überwachen. In Deutschland soll es 2100 Ortsvereine¹³ sowie weitere 500-550 Moscheevereine der IGMG geben. In anderen europäischen Ländern, in den USA und in Australien unterhält die *Milli Görüş* Zwei-

¹¹ Die Übersetzung von *Milli Görüş* ist „Nationale Sicht“.

¹² Nach TDN, 19.10.2001 („Turkey presents a file ...“): 65.000 Mitglieder und 250.000 Sympathisanten.

Zweigorganisationen. Die *Milli Görüş* teilt die antiwestlichen, antisemitischen und islamistischen Anschauungen von Necmettin Erbakan.

Die Einnahmen der Organisation mit einem Jahresumsatz von 200-250 Mio. € stammen zu einem großen Teil aus einem verzweigten Netz von Unternehmen, in deren Führungsetagen IGMG-Funktionäre sitzen. Ein Beispiel für solche Verflechtungen ist die Firma Akira Inc. auf den britischen Virgin Islands, deren Interessen in Deutschland die Firma SLM Liegenschaftsmanagement wahrnimmt. Der Geschäftsführer der SLM ist der Schwager von Mehmet S. Erbakan. Weitere Einnahmen wirft die EMUG ab, den Rest der Einnahmen machen Spenden (Einzugsverfahren per Lastschrift!), Geldsammlungen (z. B. 1995 zur Finanzierung des Wahlkampfes von Necmettin Erbakan in der Türkei), Mitgliedsbeiträge sowie Ausstellung von *Halal*-Bescheinigungen über die islamisch-rituelle Tötung von Schlachtvieh aus.

An den Jahreskongressen in Köln nahmen 1999 und 2000 ca. 40.000 Personen teil. Auf dem Kongress 2000 war Necmettin Erbakan Ehrengast und Festredner. Daneben finden jährliche Jugendkongresse statt. Der 5. *Europäische Jugend- und Kulturtag* in Essen, bei dem Erbakan auf einer Multivisionwand über Telefonschaltung live zugeschaltet war, verzeichnete etwa 5.000 Teilnehmer.

Die Jugendarbeit ist eines der wichtigen Anliegen der IGMG, wobei sie besonders unter der „dritten“ Generation der türkischen Arbeitsimmigranten für ihre Vorstellungen vom Islam wirbt. Dabei erweist sie sich, trotz anders lautender Lippenbekenntnisse, als ausgesprochen integrationsfeindlich. Zu erreichen versucht sie die Jugend durch Hausarbeitenhilfen, Koranlese-Wettbewerbe und Sportveranstaltungen bis hin zu Computerkursen und Internet-Cafés. Die IGMG bemüht sich in Deutschland um Anerkennung als Körperschaft des

öffentlichen Rechts sowie um die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen.

Durch die Besetzung einflussreicher Positionen versucht die IGMG, Einfluss in anderen islamischen Organisationen zu gewinnen, wie u.a. dem *Zentralrat der Muslime in Deutschland* (ZMD) oder der *Muslim Studentenvereinigung in Deutschland* (MSV). Personelle Verflechtungen bestehen über den IGMG-Funktionär Hasan Özdoğan ebenfalls mit dem *Islamrat* (IR) und dem *Islamischen Konzil* (IK) in Frankfurt/M; mit der *Islamischen Gemeinschaft Jama'at un-Nur* in Köln arbeitet die IGMG kooperativ zusammen.

Unregelmäßig monatlich erscheint die Zeitschrift *Milli Görüş & Perspektive*. Die Europa Ausgabe der *Milli Gazete* (*Nationalen Zeitung*) ist ein spezielles Sprachrohr der IGMG, wie die Türkei Ausgabe das der RP/FP war. Der seit 1975 in der Türkei betriebene Fernsehsender der Islamisten, *Kanal 7*, kann über Satellit auch in Deutschland empfangen werden. In Ihren Vereinsräumen verkauft die IGMG religiöse Literatur, Audio- und Videokassetten. Im Internet ist sie mit einer eigenen *Homepage* präsent.¹⁴

Hilafet Devleti (Kalifatsstaat)

1984 gründete der ehemalige *Müftü* von Adana (oberster, vom DİB in der Türkei ernannter Geistlicher einer Provinz), Cemallettin Kaplan, in Köln den *Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden (İslam Cemaatleri ve Cemiyetleri Birliği/İCCB)*. 1992 rief Cemaleddin Kaplan, auch bekannt geworden unter der Bezeichnung

¹³ TDN, 19.10.2001.

¹⁴ Quellen: Bundesministerium des Inneren (BMI) (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2000, Bonn 2001, S. 205-209; Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) (Hrsg.): Verfassungsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2000, Düsseldorf 2001, S. 196-201; Feindt-Riggers, Nils/Steinbach, Udo: Islamische Organisationen in Deutschland. Hamburg 1997, S. 21-24.

„Khomaini von Köln“, den *Föderativen Islamstaat Anatolien (Anadolu Federativ İslam Devleti/AFİD)* aus. 1994 ging der AFİD in den von ihm proklamierten „Kalifatsstaat“ auf, zu dessen Sitz er bis zur „Befreiung“ Istanbuls Köln auswählte. Nach dem Tode von Cemaleddin Kaplan im Mai 1995 übernahm sein Sohn Metin (Müftü-oğlu Hoca) die Führung des „Kalifatsstaats“ und ernannte sich zum „Emir der Gläubigen und Kalifen der Muslime“. Als dem „Emir von Köln“ ein „Gegenkalif“, Halil İbrahim Sofu, die Führung des AFİD streitig machte, forderte Metin Kaplan in einem religiösen Edikt (*Fetva*) zur Tötung von Sofu auf, den unbekannte Täter daraufhin 1997 in Berlin erschossen. Metin Kaplan wurde im Mai 1999 verhaftet und das Oberlandgericht Düsseldorf verurteilte ihn wegen der Tötungsaufforderung im November 2000 zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren.

Die Mitglieder des „Kalifatsstaats“ werden insgesamt auf ca. 2.000 Personen in Europa geschätzt, wovon etwa 1.100 in Deutschland leben.¹⁵ An einem Protestmarsch während des Prozesses gegen Metin Kaplan nahmen in Düsseldorf allerdings 3.500-4.000 Personen teil (einschließlich Frauen und Kinder), die aus der gesamten Bundesrepublik sowie dem benachbarten Ausland angereist waren, vorwiegend aus Frankreich, den Niederlanden und Belgien.

Alle Anhänger des „Kalifatsstaates“ müssen einen Treueeid leisten, der sie zu unbedingtem Gehorsam gegenüber dem „Kalifen“ verpflichtet. „Gebiets-Emire“, die dem „Kalifen“ gegenüber rechenschaftspflichtig sind, leiten die örtliche Mitgliedervereine. Sie führen auch die Mitgliedsbeiträge und Spenden an die Zentrale ab; andere Einnahmen bezieht die Organisation, deren Vermögen auf Millionenhöhe geschätzt wird, aus den Erträgen von Immobilien. Weiterhin sollen 73, in der Regel nur aus wenigen Mitgliedern bestehende

Moscheevereine sowie drei Stiftungen zur Organisation gehören.¹⁶

Die Ziele der Organisation sind der revolutionäre Sturz des laizistischen Staatssystems in der Türkei und die Einrichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Vorbild. Sie lehnt alle Gesetze ab, die nicht auf der *Scharia*, dem islamischen Recht, beruhen, ebenso Demokratie und Parteienpluralismus, die sie als „islamfeindlich“ ansieht. Sie ist extrem antisemitisch und gegen den Staat Israel eingestellt.

Die Organisation gab bis zu ihrem Verbot in der BRD am 12.12.2001 wöchentlich die Zeitschrift *Ümmet-i Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds)* heraus, und sie unterhielt mit dem HAKK-TV eine eigene Fernsehstation, die wöchentlich sendete und über Satellit auch in der Türkei empfangen werden konnte. Weiterhin bediente sie sich einer Webseite im Internet zur Verbreitung ihrer Ansichten.¹⁷

İBDA-C (İslam Büyük Doğu Akıncılar-Cephe – Front der Vorkämpfer des Großen Islamischen Ostens)

Zu den Schülern des kurdischen *Nakşibendi*-Scheichs aus Van, Abdülhakim Arvası, geboren 1864, der von 1919 bis zu seinem Tode 1943 dem Kaşgarı-Tekke bei Eyüb in Istanbul vorstand, gehörte u.a. Necip Fazıl Kızakürek (1905-1983). Bereits in den vierziger Jahren entwickelte Kızakürek die Idee des „großen islamischen Ostens“ (*İslam büyük doğu*), der mehrere Staaten zu einem großen islamischen Einheitsstaat zusammenfasst. Der aus einer kurdischen Familie stammende Salih İzzet Erdiş alias Salih Mirzabeyoğlu (geb. um 1950) lernte als achtzehnjähriger Kızakürek kennen. Anfang der siebziger Jahre trat Mirzabeyoğlu der Nationalen Heilspartei bei und wurde in deren 1977 entstandenen militanten Unterorganisation, der *Akıncılar (Vorkämpfer)*, aktiv. Hier gehörte er bald zu

¹⁵ 5.000 Mitglieder nach TDN, 19.10.2001.

¹⁶ TDN, 19.10.2001. Nach dieser Quelle gibt es 30 örtliche Vereine in Europa.

¹⁷ Siehe auch: NRW, a.a.O., S. 201-205; Feindt-Riggers/Steinbach, a.a.O., S. 25.

einer besonders radikalen Abspaltung, den *Akıncı-Güç*.¹⁸ Mitte der achtziger Jahre baute Mirzabeyoğlu die İBDA-C nach dem Zellensystem auf. 1994 begann die Organisation mit Terroranschlägen die bewaffnete Auseinandersetzung mit dem türkischen Staat.

In seinen zahllosen Schriften verbindet Mirzabeyoğlu die Ideen eines „großen islamischen Ostens“ von Kısakürek mit der Ideologie von Che Guevara. Er strebt einen sunnitisch-islamischen sozialistischen Einheitsstaat im Osten (Morgenland) an, zu dessen Verwirklichung er mit der islamischen Revolution in der Türkei beginnen will.

1997 verhaftet und 1998 zum Tode verurteilt, sitzt Mirzabeyoğlu seitdem im Metin-Gefängnis in Istanbul ein, von wo aus er die Organisation leitet und wo er 1999/2000 Gefängnisrevolten anzettelte.

In Europa sind nur Einzelmitglieder der İBDA-C aktiv. In unregelmäßigen Abständen erscheinen die folgenden Publikationen: *Furkan (Die Rettung)*, *Akademya (Die Akademie)* und *Haberci (Der Bote)*.¹⁹

Islamische Gemeinschaft Jama'at un-Nur

Die *Jama'at un-Nur* mit Sitz in Köln gehört zur *Nurculuk*, einer Bewegung, die auf den 1969 in Urfa verstorbenen Saidi Nursi zurückgeht. Saidi Nursi aus Nurs bei Bitlis, bzw. Molla Said, wie er sich bis zur Einführung von Familiennamen in der Türkei (1936) nannte, war als Jugendlicher über Ordens-Medressen mit dem Sufismus in Berührung gekommen. Nach dem ersten Weltkrieg beteiligte er sich an der Gründung einer Kurdenbewegung.²⁰ 1925 aus Bitlis in den Westen der Türkei verbannt und bis 1949 mehrfach für längere Zeit inhaftiert, begann er, seine theologischen

Gedanken als *Risale-i Nur* (Abhandlungen über das göttliche Licht) niederzuschreiben. In ihnen versuchte der *Bediüzzeman* (Einzigartige der Epoche) vor einem sufistischen Hintergrund durch Neuinterpretation des Koran eine Synthese zwischen moderner Wissenschaft und einer von Ballast befreiten islamischen Gelehrsamkeit herzustellen. Der spezifisch kurdische Hintergrund von Saidi Nursi einerseits und sein späteres Wirken in der Westtürkei andererseits führte zur Verbreitung seiner Lehren unter Kurden und Türken gleichermaßen.

Schon zu Lebzeiten von Saidi Nursi war die ordensähnlich strukturierte Bewegung im Ausland tätig geworden. Eine Hochburg entstand in Kalifornien. Nach seinem Tode spaltete sie sich auf; heute gibt es ca. 30 Gruppen, die sich auf Nursi berufen. Eine davon ist in der Türkei die Gruppe um Fetullah Gülen, die sich dem laizistischen Staat gegenüber betont loyal gibt, jedoch vom Geheimdienst misstrauisch überwacht wird. Telefonüberwachungen lieferten 1999 dem Generalstaatsanwaltschaft Material für eine Anklage gegen Gülen wegen antilaizistischer Umtriebe.

In Deutschland gehört die *Jama'at un-Nur* unter dem Vorsitz von Rüstem Ülker zur den radikalen Flügeln der *Nurculuk*. Wie die *Milli Görüş*, mit der sie kooperiert, lehnt die Gemeinschaft den laizistischen Staat Türkei ab und strebt einen islamischen Staat an seiner Stelle an. Die *Jama'at un-Nur* ist Mitglied in dem von der IGMG kontrollierten İR (Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland), in welchem sie seit 1997 mit Şükrü Bulut den *Şeyh ül-İslam* stellt. Für die Jugend veranstaltet sie Korankurse und sie unterhält den *Bund Muslimischer Pfadfinder in Deutschland* (BMPD).²¹

¹⁸ Güç: Können, Kraft, Gewalt. Zur İBDA-C vgl. Hermann, Rainer: Die drei Versionen des politischen Islam in der Türkei. in *Orient*, Opladen, Band 37, 1996, Heft 1, S. 35-57, hier S. 52 ff.

¹⁹ BMI, a.a.O., S. 200.

²⁰ *Der Gesellschaft zur Wiederbelebung Kurdistan (Kürdistan Taali Cemiyeti)*.

²¹ Feindt-Riggers/Steinbach, a.a.O., S. 20-21.

2.1.2. Islamistisch-kurdische Gruppen

HIK (*al-Harakat al-Islami fi Kurdistan – Kürdistan İslam Hareketi – Islamische Bewegung Kurdistans*)

Die Bewegung beruft sich auf Scheich Mulla Osman Abdulaziz (Uthman Abd al-Aziz) im nordirakischen Kurdengebiet als ihren Gründer, der sie 1407 H. (1987) ins Leben rief.²² Zusammen mit der *Islamischen Partei Kurdistans* (PÎK) veranstaltete sie vom 19.-21.1.1990 in Köln einen ersten Islamkongress Kurdistans. Vom 28.-29. September des gleichen Jahres richtete die HIK in Peshawar/Pakistan einen weiteren Islamkongress Kurdistans aus.²³

Eine „Dritte Europakonferenz der Islamischen Bewegung Kurdistans“ fand 1997 in der Bedüzzeman-Moschee in Hannover statt. Der Name der Moschee weist auf den *Bedüzzeman Saidi Nursi*, also auf die *Nurculuk* hin. Gleichzeitig machten Abzeichen von Teilnehmern an einem Demonstrationsszug anlässlich der Tagung und eine Grußadresse von Abdullah Öcalan an den Kongress Verbindungen zur PKK deutlich. Der Verfassungsschutz stuft die HIK als Nebenorganisation der PKK ein (vgl. auch KİH bei der PKK).²⁴ Die HIK gibt die Zeitschrift *Bawarî (Glaube)* heraus.²⁵

Mit der HIK liierte Vereine führen in der Regel nur ein kurzfristiges Dasein; nach Verbot oder Selbstauflösung entstehen um den gleichen Aktivistenkreis weitere Vereine unter anderem Namen.

PÎK (*Partiya İslamiya Kurdistani – al-Hizb al-Islami fi Kurdistan – Islamische Partei Kurdistans*)

Als ihr Gründungsdatum gibt die PÎK den 12. Zilhicce (Dhu al-Hijja) 1400 H. (1980) an. Sie entstand durch die Initiative einiger kurdischer Intellektueller aus allen Teilen des kurdischen Verbreitungsgebiets, die in

den USA, in Deutschland, in Saudi-Arabien und im Sudan lebten und die sich anlässlich der Pilgerfahrt (*Hajj*) in Medina trafen.²⁶ Vorsitzender der PÎK ist das Gründungsmitglied Prof. Dr. Muhammad Salih al-Gaburî. In ihren 22 Punkte umfassenden Statuten bekennt sich die PÎK zu Allah, Mohammed, zum Koran und zum sunnitischen Islam.²⁷ Punkt sechs sichert jedoch allen Rechtsschulen (*Mezhep*) und Glaubensrichtungen, die den allgemeinen Linien des Islam folgen, Eigenständigkeit zu. Das Ziel der PÎK ist ein unabhängiger islamisch-kurdischer Staat, der alle mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebiete umfassen und später zusammen mit anderen islamischen Staaten der Region die „Vereinigten Staaten der islamischen Länder“ bilden soll. Mit der Verabschiedung der Statuten beschloss die PÎK, in allen Teilen Kurdistans aktiv zu werden, jedoch keine eigenen Kampfverbände aufzustellen.

1999 wollte eine Gruppe um Hikmet Yıldız alias Serbilind die Beteiligung der PÎK am *Kurdischen Nationalkongress* (vgl. PKK) durchsetzen. Sie scheiterte im Juli des Jahres am Parteikongress in Hildburghausen/Deutschland, und die PÎK schloss Serbilind und seine Anhänger aus der Partei aus.

Die von der PÎK herausgegebenen Zeitschriften enthalten Beiträge von und über Saidi Nursi, womit sich die PÎK als Teil der *Nurcu-Bewegungen* ausweist.

1982 erschien in Ann Arbor/USA die Zeitschrift *Judî*²⁸ in englischer und kurdischer Sprache, letztere sowohl in lateinischer- als auch in persisch-arabischer Schrift. 1987 folgte die in Kanada verlegte Zeitschrift *Alay Islam (Banner des Islam)*. In Deutschland gibt die PÎK die Zeitschrift

²² Cudî, Bochum, Nr. 2, 1990, S. 21-22.

²³ Cudî, a.a.O., Nr. 4, 1990, o. P.

²⁴ NRW, a.a.O., S. 222.

²⁵ Auch der „Verein Einheit des Religiösen Kurdistans“ (vgl. PKK) gab eine Zeitschrift *Bawarî* heraus.

²⁶ Vgl. Cudî, Bochum Nr. 2, Nisan (April) 1990, S. 15.

²⁷ Cudî, a.a.O. S. 36-37.

²⁸ Cudî (*Judî*) ist der Name eines Berges bei Şırnak in der Türkei, auf dem nach lokalen Vorstellungen die Arche Noah gelandet sein soll.

Cudî in türkischer und kurdischer Sprache heraus.²⁹

2.1.3. Alewitische Organisationen

Alewitische Organisationen im Ausland konzentrieren sich auf Westeuropa, wo in Deutschland etwa 500.000 und in Frankreich ca. 100.000 Alewiten leben; weitere finden sich in den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark, der Schweiz und Österreich. Seit der Unterzeichnung eines Anwerbeabkommens zwischen der Türkei und Australien 1967 sind zahlreiche Alewiten auch nach Australien ausgewandert, wo ihre Glaubensgemeinschaft heute ca. 20.000 Personen umfasst.³⁰

Mit ihren Forderungen nach Auflösung des DİB und der Einbeziehung des Alewitentums in den staatlichen Religionsunterricht stehen die Alewiten in Opposition zum bestehenden System und seiner Verwaltungspraxis. Auch dürfen ihre Vereine und Stiftungen in der Türkei nicht die Bezeichnung „alewitisch“ führen. Im Februar 2002 verbot ein Gericht die von Ali Doğan im Mai 2001 gegründete ABKB (*Alevi-Bektaşî Kültür Birliđi – Alewitisch-Bektaşî-tische Kulturunion*) mit 100 örtlichen Kulturzentren und Gemeinden, da das türkische Vereinsgesetz keine religiösen Vereine erlaubt und die Alewiten nach Auffassung des Gerichts eine Religionsgemeinschaft sind.³¹ Die ABKB steht in enger Verbindung mit der AABF in Europa.

AABF (1) (Alamanya Alevi Birlikleri Federasyonu – Föderation der Alewitenvereine in Deutschland)

1990 entstand in Mainz eine aus sieben örtlichen bzw. regionalen Alewitenvereinen

gebildete *Föderation der Alewitengemeinden in Deutschland (Almanya Alevi Cemmatleri Federasyonu/AACF)*, die 1991 ins Vereinsregister eingetragen wurde. 1992 schloss sie sich mit weiteren Vereinen zur AABF mit Sitz in Köln zusammen; ein Jahr später umfasste die AABF bereits 44 Mitgliedsvereine. Derzeitiger Vorsitzender ist Turgut Öker.

Das 1998 in Köln verabschiedete Programm des AABF fordert u.a.:

- Anerkennung des Alewitentums (als Religionsgemeinschaft) in der türkischen Verfassung;
- Übereignung des nach dem Verbot der Orden in der Türkei in ein Museum umgewandelten Stammhauses des Bektaşî-Ordens an die Alewiten;
- Auflösung des DİB in der Türkei;
- Umgestaltung des „Religionskunde und Ethikunterrichts“ an den öffentlichen Schulen in einen „Religionskultur- und Religionsgeschichtsunterricht“, in welchem auch alewitische Glaubenselemente behandelt werden;
- Offizielle Anerkennung der religiösen alewitischen Festtage in der Türkei;
- Alewitischen Religionsunterricht für die ca. 100.000 Schülerinnen und Schüler alewitischen Glaubens in Deutschland.³²

Von 1991-1993 erschien die Zeitschrift *Mürşid* (vom AACF herausgegeben), seit 1994 gibt der AABF das Monatsheft *Alevilerin Sesi (Stimme der Alewiten)* mit einer Auflage von 7.000 Exemplaren heraus.

AABF (2) (Avrupa Alevi Birlikleri Federasyonu – European Federation of Alevi Unions)

Der Hotelbrand in Sivas 1993 (s.o.) hatte ein neues Identitätsbewusstsein unter den Alewiten hervorgerufen. 1994 schlossen sich alewitische Vereine aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich und England zur AABF (2) zusammen. 1995

²⁹ 1990 trat der IVK (*Islamischer Verein Kurdistans – İttihadı İslamiya Kurdistanı*) in Bochum als Herausgeber auf.

³⁰ Engin, İsmail: *Australia’lı/Avustralya’lı Alevilerin Sezi Dergisi* (1995-1997), in: Engin, İsmail/Franz, Erhard (Hrsg.): *Aleviler/Alewiten. 3. Siyaset ve Örgütler/Politik und Organisationen*, Hamburg 2001, S. 267-281, hier S. 267.

³¹ TDN, 14.2.2002 („Court bans...“).

³² Kaplan, İsmail: *Avrupa’da Alevi Örgütlenmesine Bakış*, in: Engin, İsmail/ Franz, Erhard, a.a.O., S. 241-260, hier S. 252.

gehörten ihr bereits 130 Vereine mit insgesamt 15.000 Mitgliedern an. Der Versuch, diesen losen Zusammenschluss straffer zu organisieren, scheiterte 1997 vor allem daran, dass die Vereine in Frankreich, Österreich und der Schweiz nicht in der Lage waren, Dachverbände zu gründen.³³

Als Unterorganisation entstand 1997 die *Alewitische Europa-Akademie (Alevi Avrupa Akademisi/AAA)*, eine Gründung des AABF und der *Föderation der Alewitischen Kulturvereine Hollands (Hollanda Alevi Kültür Dernekleri Federasyonu/Hak-Der)*, dem niederländischen Dachverband.

Im Internet weist sich die AAGB (*Avrupa Alevi Gençleri Birliği – United Alevi Youth in Europe*), deren Sitz ebenfalls Köln ist, als Jugendorganisation der AABF (2) aus. Die AABF (1 und 2) unterhält mehrsprachige Internetseiten; viele Ortsvereine sind mit eigenen Seiten vertreten.

FUAF (Fédération-Union des Alevis en France – Föderationsunion der Alewiten in Frankreich)

Nach einem ersten Kongress im Dezember 1997 in Straßburg schlossen sich im Januar 1998 19 lokale bzw. regionale Alewitenvereine in Frankreich mit über 3.000 Mitgliedern zur FUAF zusammen. Sie repräsentieren jedoch nur einen kleinen Teil der alewitischen Vereine des Landes. Unter den Aktivisten des FUAF befinden sich auffallend viele Personen, die früher linken bis linksextremistischen Gruppen in der Türkei angehört hatten. Die Aktivitäten der FUAF richten sich vorwiegend auf kulturelle, folkloristische und sportliche Veranstaltungen. Sie hat bisher keinen Versuch unternommen, das Alewitentum einer französischen Öffentlichkeit näher zu bringen.³⁴

FEK (Federasyona Eleyiyên Kurdistan – Kürdistan Alevileri Federasyonu – Föderation der Alewiten aus Kurdistan)

Die FEK mit Sitz in Köln ist Mitglied der AABF (2). Sie gibt seit 1974 in Deutschland die Zeitschrift *Zülfikar* heraus.³⁵ Die Internetausgabe enthält u.a. Links zur den prokurdischen Zeitungen *Özgür Politika*, *Azadiya Welat* und *Serxwebûn* (vgl. PKK) sowie Beiträge in kurdischer Sprache. Sie gilt als eine Unterorganisation der PKK (vgl. dort).

2.2. Das linke Spektrum

In den sechziger Jahren waren an den Universitäten Diskussionszirkel entstanden, die der TİP nahe standen. Sie schlossen sich zur FKF (*Fikir Külüpleri Federasyonu – Föderation der Ideenclubs*) zusammen.³⁶ Beeinflusst von den linken Studentenbewegungen in den USA und in Europa, ging 1969 aus der FKF die Dev-Genç (*Devrimci Gençlik – Revolutionäre Jugend*) hervor. 1970 übernahm die Gruppe um Mahir Çayan, dem „türkischen Che Guevara“, die Kontrolle der Dev-Genç. 1971 rief Çayan die THKP-C (*Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephe – Front der Volksbefreiungspartei der Türkei*) als Arm der „bewaffneten Propaganda“ ins Leben und begann diese Propaganda mit der Entführung und Ermordung des israelischen Konsuls in Istanbul. Nach dem Märzmemorandum des Militärs 1971 ging die Regierung verschärft gegen die türkische Linke vor; Çayan und seine Komplizen wurden verhaftet. Ende 1971 gelang ihnen ein spektakulärer Ausbruch aus dem Gefängnis in Istanbul. Nachdem die Gruppe zwei britische und einen kanadischen Techniker als Geiseln genommen hatten, fanden Çayan und neun seiner Unterführer sowie die Geiseln im

³³ Kaplan, a.a.O., S. 249.

³⁴ Rigoni, Isabelle: Das Alewitentum in Frankreich, in: Engin, İsmail/Franz, Erhard, a.a.O., S. 261-266, hier S. 265.

³⁵ Die FEK ist in Deutschland auch als KAB (*Kürdistan Alevi Birliği*) bekannt; *Zülfikar* ist der Name des Schwertes Alis.

³⁶ Zur Entwicklung der linksextremistischen Gruppen in der Türkei vgl.: İmset, İsmet G.: Marxist terrorism: A ghost of the past or a manifestation of the future? TDN, 11.-15./16. 6.1991.

März 1972 während einer Operation der Sicherheitskräfte gegen den Schlupfwinkel der Gruppe im Dorf Kızıldere den Tod.

1971 und verstärkt 1972 entzogen sich zahlreiche türkische Links-Extremisten einer Verhaftung durch Flucht nach Europa. Nach der Generalamnestie 1974 belebten aus der Haft entlassene und aus Europa zurückgekehrte Aktivisten die Dev-Genç neu und gründeten 1976 die legale DGDF (*Devrimci Gençlik Dernekleri Federasyonu – Union der Vereine der Revolutionären Jugend*). Von dieser Organisation spaltete sich 1977 der Dev-Yol (*Devrimci Yol – Revolutionäre Weg*) ab. Ein Jahr später begann die in Istanbul entstandene Untergruppe Dev-Sol (*Devrimci Sol – Revolutionäre Linke*) durch militante Aktionen auf sich aufmerksam zu machen und die Oberhand in der DGDF zu gewinnen; die DGDF wurde 1979 verboten.

Bereits 1970 hatte sich eine Gruppe um Deniz Gezmiş und Hüseyin İnan von der Dev-Genç losgelöst und die THKO (*Türkiye Halk Kurtuluş Ordusu – Volksbefreiungsarmee der Türkei*) gegründet. Nach dem Tod von Gezmiş bei einem Einsatz der Sicherheitskräfte 1972 entstanden fünf Nachfolgeorganisationen. Eine davon nannte sich 1978 THKO/İnşa Örgütü (*Aufbauorganisation*). Ihr legte man die Verantwortung für einige soziale Auseinandersetzungen zur Last, die u.a. 1978 zu dem Massaker im Alewitenviertel von Maraş und 1980 zu den Kämpfen zwischen Sunniten und Alewiten in Çorum geführt hatten. Anscheinend war diese Organisation noch 1991 in Europa aktiv.

Als weitere Absplitterung von der Dev-Genç war 1972 um den ehemaligen FKF- und Dev-Genç-Aktivisten İbrahim Kaypak-kaya entstanden die TKP/ML-C (*Türkiye Komünist Partisi/ Marksist Leninist-Cephe – Front der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei der Türkei*). Sie unterhielt einen bewaffneten Arm, die TİKKO (*Türkiye İşçi Köylü Kurtuluş Ordusu – Arbeiter-Bauern Befreiungsarmee der Türkei*).

Die zahlreichen bis 1980 aus der Dev-Genç hervorgegangenen Gruppen mit ihren unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen (nach Marx und Engels, Lenin, Stalin, Enver Hoxha, Mao, Castro, Guevara) waren in Kämpfe untereinander, mit Rechtsextremisten, mit Islamisten und mit den Sicherheitskräften verwickelt. Die Militärregierung nach 1980 ließ unzählige Linksextremisten und ihre Sympathisanten verhaften; einige konnten sich der Verhaftung durch Flucht ins Ausland entziehen. Sie flohen vorwiegend nach Europa, zum kleineren Teil aber auch nach Syrien, wo sie in Rifat al-Asad, dem Bruder des Staatspräsidenten Hafiz al-Asad, einen Schutzpatron fanden. Ab Mitte der achtziger Jahre nahmen Kommandogruppen der extremen Linke wieder militante Aktivitäten in der Türkei auf.

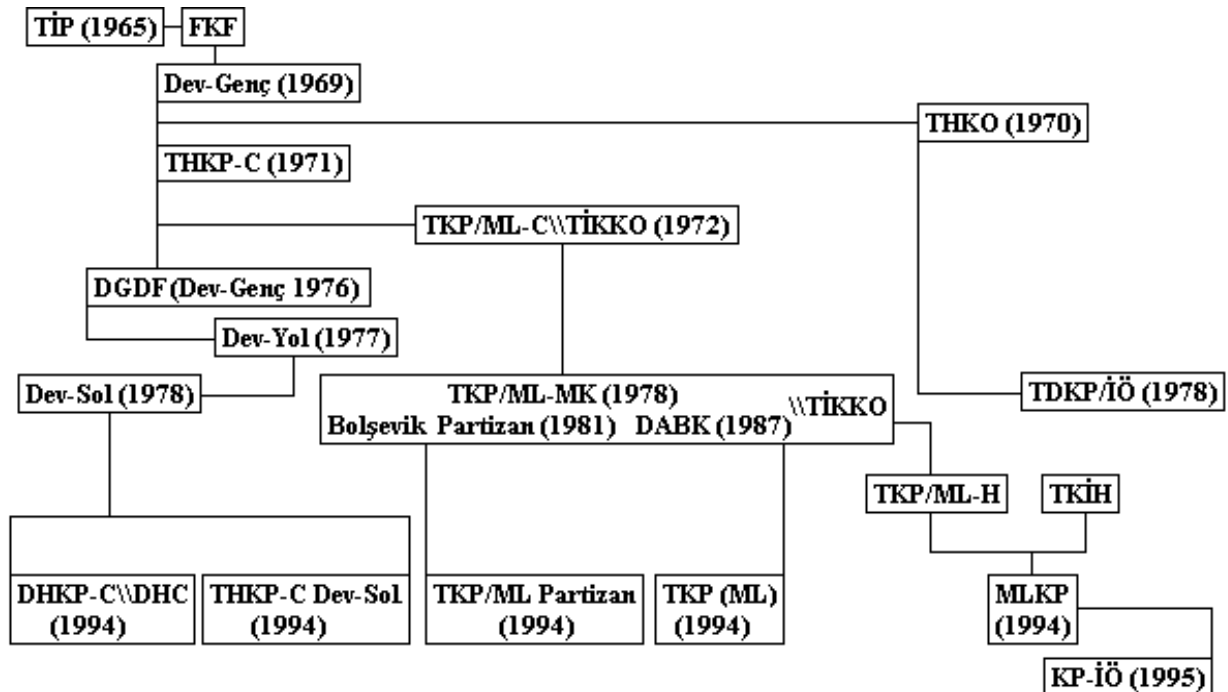
Sämtliche heute im Ausland aktiven linksextremistischen Gruppen haben ihre Wurzeln in der Bewegung der revolutionären Jugend (*Dev-Genç*) der späten sechziger Jahre.

2.2.1. Dev-Sol-Derivate

Nach dem Verbot der Dev-Sol 1983 in Deutschland entstanden zwei Nachfolgeorganisationen: Die heute mitgliedstärkere DHKP-C und die unter Anhängerschwund leidende THKP-C Dev-Sol. Beide Organisationen lieferten sich bis Anfang 1998 blutige Auseinandersetzungen DHKP-C (*Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephe – Front der Revolutionären Volksbefreiungspartei*)³⁷ 1998 verbot das Bundesministerium des Inneren in Deutschland die 1994 in Damaskus entstandene Front; das Bundesverwaltungsgericht wies im Februar 2000 die Klage gegen das Verbot ab. Insgesamt soll die Organisation nicht mehr als 2.000 Mitglieder haben, von denen 900-1.000 in Deutschland und 400 (zusammen mit denen der THKP-C Dev Sol) in der Schweiz leben.

³⁷ Quellen: BMI, a.a.O., S. 196-199; NRW, a.a.O., S. 205-211; Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJP) (Hrsg.): Staatsschutzbericht 2000, Bern 2001, S. 59/60.

Übersicht 2: Genese türkischer Linksgruppen



Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Das Zentralkomitee der Organisation mit Dursun Karataş als Generalsekretär befindet sich in Istanbul im Untergrund. Neben der Türkei ist Deutschland ein wichtiges Betätigungsfeld, wo wiederum ein Schwerpunkt der Tätigkeiten in Köln liegt. Als örtliche bzw. regionale Basen dienen Vereine, die sich oft als „Volkskulturhäuser“ oder „Anatolische Volkskulturhäuser“ bezeichnen. Daneben bilden konspirativ auftretende Gebietsfunktionäre ein Netzwerk von Kontroll- und Verbindungsinstanzen.

Seit 1997 ist die DHKP-C in Deutschland und im benachbarten Ausland einem verstärkten Druck durch die Strafverfolgungsbehörden ausgesetzt. Mehrere Führungsfunktionäre wurden festgenommen und wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Verabredung zum Totschlag sowie der Rädelsführerschaft zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Die Ziele der DHKP-C sind die Zerschlagung des türkischen Staatsgefüges durch bewaffneten Kampf und die Errichtung einer „klassenlosen“ Gesellschaft,

eines sozialistischen Systems im marxistisch-leninistischen Sinne.

Finanzielle Probleme zwingen die DHKP-C in den letzten Jahren, einige Stützpunkte aufzugeben und die Herausgabe einiger Publikationen vorübergehend einzustellen. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, den jährlichen Spendenkampagnen und denen zu speziellen Anlässen (z. B. zur Unterstützung politischer Gefangener in der Türkei) sind rückläufig. Dies hängt möglicherweise außer mit einem Mitgliederschwund auch damit zusammen, dass gegenwärtig bei Geldeintreibungen ein erheblich geringes Maß an Gewalt angewendet wird als in den Jahren zuvor.

Der Mitgliederschwund machte sich im Jahr 2000 bei dem jährlich begangenen Gründungs- und Gedenktag an die „Gefallenen der Revolution“ bemerkbar. In Hasselt/Belgien erschienen nur noch 4.000 Teilnehmer aus benachbarten Ländern, vorwiegend aus Deutschland; 1999 waren es noch 5.000 Teilnehmer gewesen.

Die revolutionäre Volksbefreiungsfront solidarisiert sich mit den Palästinensern, und sie thematisiert die Fremdenfeindlichkeit und den Rechtsextremismus in Deutschland. Hauptfunktion des im Ausland befindlichen Teil der Organisation ist jedoch die propagandistische und finanzielle Unterstützung der Heimatorganisation, insbesondere der DHKC (*Devrimci Halk Kurtuluş Cephe – Revolutionären Volksbefreiungsfront*), dem bewaffneten Arm, der Sprengstoffanschläge und andere Terroraktivitäten in der Türkei durchführt.

Seit Beginn des Todesfastens von inhaftierten Anhängern der DHKP-C und der TKP/ML in türkischen Gefängnissen ab Oktober 2000 finden Protestaktionen gegen die Haftbedingungen von Aktivisten in der Türkei statt. Das „Todesfasten“, dem nach einem Jahr bereits 42 Personen (Häftlinge und Angehörige) erlegen waren, richtete sich gegen die Absicht des türkischen Justizministers, in Angleichung an europäische Normen an Stelle der bisherigen Gefängnisse mit Schlafsälen für 50-60 Personen, die z. T. mit bis zu 100 Personen belegt sind, Typ F-Gefängnisse mit Zellen für eine Person bis maximal sechs Personen zu bauen. Neben den offiziellen Ablehnungsgründen der Häftlinge, dass in den Typ F-Gefängnissen Isolation und unkontrollierbares Foltern durch das Gefängnispersonal zu erwarten sei, dürften auch die verbesserten Kontrollmöglichkeiten in den neuen Gefängnissen eine Rolle gespielt haben. Nachdem türkische Sicherheitskräfte im Dezember 2000 die Gefängnisse mit den Hungerstreikenden gestürmt hatten, wobei sie den letzten Widerstand erst nach drei Tagen überwinden konnten, verlautete offiziellerseits, dass der von DHKP-C-Häftlingen belegte Block im Ümraniye-Gefängnis in Istanbul der Organisation als Kommandozentrale für ihre Untergrundaktivitäten gedient habe.³⁸

In Deutschland richtete die DHKP-C den *Unterstützungsverein für die Familien von*

Verhafteten und Verurteilten (Tutuklu ve Hükümlü Aileleri Yardımlaşma Derneği/TAYAD) ein, und sie initiierte Sympathiehungersstreiks und Protestdemonstrationen. Bei einer Demonstration in Duisburg kam es zum Zusammenstoß mit Teilnehmern einer Veranstaltung des nationalistisch-türkischen Vereins ADÜTDF.³⁹ Zusammen mit der MLKP (s.u.) und der TKP/ML-Partizan (s.u.) gründete die DHKP-C das *Solidaritätskomitee mit den Revolutionären Politischen Gefangenen in der Türkei (Devrimci Tutsaklarla Dayanışma Komitesi/ DETUDAK)*. Das Komitee veranstaltete in mehreren Städten Westdeutschlands Protestdemonstrationen, bei denen es sowohl zu Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Teilnehmergruppen als auch mit deutschen Rechtsradikalen kam.

Printerzeugnisse der DHKP-C sind *Vatan (Die Heimat)*/wöchentlich, *Kurtuluş (Befreiung)*/monatlich., *Devrimci Sol*/vierteljährlich, die Kulturzeitung *Tavir (Das Verhalten)* und *Yurtdışı Mücadele (Kampf im Ausland)*. Im Internet verfügt die DHKP-C über eine mehrsprachige *Homepage*, über die ein *DHKC Bülteni* abrufbar ist. Links führen auf *Vatan online* (eingestellt mit der Nr.132 vom 18.3.2002), *Kurtuluş*, *Halkın Sezi (Stimme des Volkes)* TV und die *Özgürlük (Freiheit) Press Agency*.

THKP-C Dev-Sol (Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephe – Front der Türkischen Volksbefreiungspartei)

In Zielen und Taktiken identisch mit der DHKP-C, ist auch die THKP-C seit 1998 in Deutschland verboten. Ihre Mitglieder sind in Deutschland auf ca. 100 Personen zurückgegangen. Für die Mitglieder in der Schweiz existiert in Zürich ein wichtiges Vereinslokal. Die Leitung der Organisation liegt bei einem Funktionärskollektiv. Zu

³⁸ Ausgaben der TDN, 20.-25.12.2000.

³⁹ Die ADÜTDF (*Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu – Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa*) ist die 1978 gegründete Auslandsorganisation der MHP (*Partei der Nationalen Bewegung*) in der Türkei.

dem im Frühjahr 2000 in Liestal in der Schweiz abgehaltenen Jahreskongress erschienen ca. 1.000 Teilnehmer aus der Schweiz, aus Deutschland und aus benachbarten Ländern. Das Organ der Organisation ist die monatliche Zeitschrift *Devrimci Cözüm (Revolutionäre Lösung)*.

MLKP (Marksist-Leninist Komünist Partisi – Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei)⁴⁰

Entstanden 1994 in der Türkei aus dem Zusammenschluss der TKP/ML-*Hareketi (Bewegung)* und der TKİH (*Türkiye Komünist İşçi Hareketi – Kommunistische Arbeiterbewegung der Türkei*), kam es bereits 1995 wegen unterschiedlicher ideologischer Auffassungen zur Abspaltung der KP-İÖ (*Komünist Parti-İdari Örgütü – Kommunistische Partei-Aufbauorganisation*).

Der Sitz der MLKP mit ihren ca. 700 Mitgliedern in Deutschland ist Köln; die Leitung liegt bei einer Funktionärsgruppe. Zur Veranstaltung anlässlich des sechsten Jahrestages der Gründung erschienen in Wuppertal 2.500 Personen.

Als Basisorganisation dient der MLKP in Deutschland die AGİK (*Almanya Göçmen İşçi Konfederasyonu – Föderation der Arbeitsmigranten aus der Türkei in Deutschland*), deren Zentrale sich ebenfalls in Köln befindet und die in einigen größeren Städten Westdeutschlands Ortsvereine unterhält.

Die MLKP strebt einen revolutionären Umsturz in der Türkei und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung unter Führung der Arbeiterklasse an. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist für die Organisation die Herstellung einer militärischen und politischen Überlegenheit.

Ein Aktivitätsschwerpunkt der MLKP ist die Organisation der „Samstagsmütter“ in Istanbul, der Protest der Angehörigen von „verschwundenen“ politischen Gefangenen in der Türkei.

Im *Solidaritätskomitee mit den Revolutionären Politischen Gefangenen in der Tür-*

kei (DETUDAK) arbeitet die MLKP mit der DHKP-C und der TKP/ML-Partizan zusammen. Gemeinsame Aktionen finden auch mit der Initiative „Libertad“ statt, die aus dem RAF-Umfeld in Deutschland hervorgegangen ist.⁴¹

Publikationen sind *Politikada* oder aber *Yaşamda Atılım (Vorstoß im Leben)*/wöchentlich und *Partinin Sesi (Stimme der Partei)*/zweimonatlich. Die Organisation ist im Internet mit einer eigenen Webseite vertreten.

2.2.2. TKP/ML-Derivate

1978 sammelte sich eine Gruppe der TKP/ML-C in der Türkei um die Zeitschrift *Partizan*. Binnen kurzer Zeit übernahm sie das Zentralkomitee (*Merkez Komitee/ML*) und auch die Kontrolle über den bewaffneten Arm, die TİKKO. 1981 erklärte die *Partizan*-Gruppe in Deutschland, dass sie die Beziehungen zum ZK erschwert und sich in TKP/ML-*Bolşevik Partizan* umbenannt habe.

Trotz aller Rückschläge nach 1980 blieb die TKP/ML weiterhin in der Türkei aktiv, obwohl sich ein großer Teil der Mitglieder nach Europa abgesetzt hatte. Eine Spaltung auf Grund persönlicher und regionaler Differenzen zwischen dem ZK und dem DABK (*Doğu Anadolu Bölge Komitesi – Ostanatolischen Gebietskomitee*) zeichnete sich 1987 anlässlich des im Ausland (vermutlich in Brüssel) veranstalteten dritten Kongresses ab, den im Ausland lebende Delegierte dominierten. Das DABK wandte sich vor allem gegen einen Beschluss des Kongresses, einen „friedlichen“ Kampf in der Illegalität zu führen und die „organisierten ländlichen Armeeeinheiten“ aufzulösen.⁴²

Der Streit um Führungsansprüche führte 1994 zum endgültigen Bruch zwischen dem *Partizan*-Flügel (TKP/ML-Partizan) und dem DABK, das sich jetzt als TKP(ML) bezeichnete. Daneben besteht in Istanbul weiterhin ein Zentralkomitee, das in Deutschland ein Auslandsbüro unterhält.

⁴⁰ Quellen: BMI, a.a.O., S. 202/203; NRW, a.a.O., S. 214-216.

⁴¹ Vgl. NRW, a.a.O., S.189.

⁴² İmset, İsmet G., a.a.O., 14.6.1991.

TKP/ML-Partizan (*Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist-Partizan – Marxistisch-Leninistisch Kommunistische Partei der Türkei – Partizan*)⁴³

Die Bewegung, seit 1994 ein selbständiger Flügel der TKP/ML-Gruppen, hat in Europa eigene Organisationsstrukturen aufgebaut. In Deutschland schätzt man die Mitglieder auf ca. 1.100, in der Schweiz (zusammen mit den Sympathisanten) auf ca. 500 Personen. Die Schweizer Zentrale in Basel ist eine wichtige logistische Basis und Finanzierungsquelle der Organisation. Zu der Jahresversammlung anlässlich des Gedenktags an den Gründer der TKP/ML-C 1972, İbrahim Kaypakkaya, erschienen im Mai 2000 in Ludwigshafen 1.000-2.000 Personen.

Der streng konspirativ organisierte *Partizan*-Flügel unter Leitung einer Funktionsgruppe unterhält Klublokale in größeren Städten der Schweiz. In Deutschland bedient er sich zweier Basisorganisationen, die bemüht sind, ihre Verbindungen zur TKP/ML zu verschleiern. Die eine ist die ATİF (*Almanya Türk İşçi Federasyonu – Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland*), die zweite die ATİK (*Avrupa Türk İşçi Konfederasyonu – Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa*).

Einnahmequellen sind über die Basisorganisationen eingezogene Mitgliedsbeiträge, der Verkauf von Publikationen und herbstliche Spendenaktionen, die in den letzten Jahren die gesteckten Ziele nicht mehr erreichten.

Im Vordergrund der Aktivitäten steht die politische Arbeit. Die TKP/ML-Partizan hat sich gegen die Friedensinitiative des PKK-Führers Öcalan ausgesprochen und sie macht Front gegen den Rechtsextremismus in Deutschland. Ihre Mitglieder beteiligten sich am Todesfasten in den türkischen Gefängnissen; in Deutschland arbeitet die Organisation im DETUDAK mit der DHKP-C und der MLKP zusammen.

An Publikationen erscheinen die *Özgür Gelecek* (*Freie Zukunft*)/vierzehntägig und die *İşçi Köylü Kurtuluş* (*Arbeiter- und Bauernbefreiung*)/zweimonatlich. Zur Verbreitung ihrer Ideen bedient sich die TKP/ML auch des Internets.

TKP(ML) (*Türkiye Komünist Partisi (Marksist-Leninist) – Kommunistische Partei der Türkei (Marxistisch-Leninistisch)*)⁴⁴

Das seit 1994 unter dieser Bezeichnung auftretende ehemalige DABK zählt in Deutschland ca. 100 Mitglieder. An dem zu Ehren des Gründers der TKP/ML-C abgehaltenen Gedenktag im Juli 2000 in Essen nahmen allerdings 5.000-6.000 Personen teil.

Auch die TKP(ML) ist ebenso konspirativ organisiert und geleitet wie der *Partizan*-Flügel. 1997 gründete sie zwei eigene Basisorganisationen, die ADHF (*Almanya Demokratik Haklar Federasyonu – Föderation für Demokratische Rechte in Deutschland*), deren Sitz im Jahre 2000 von Frankfurt nach Köln verlegt wurde, und die ADHK (*Avrupa Demokratik Haklar Konfederasyonu – Konföderation für Demokratische Rechte in Europa*).

Die Einnahmen aus Beiträgen, Spenden und dem Erlös von Veranstaltungen und Publikationen reichten in den letzten Jahren nicht zur Finanzierung der Organisation in Europa aus. Mehrere Zweigvereine mussten geschlossen werden, weil die Miete für die Vereinsräume und/oder die Mitglieder fehlten.

Vornehmlich mit internen Problemen beschäftigt, widmet sich die Organisation nur in geringem Maße der politischen Arbeit.

Publikationen sind die vierzehntägig erscheinende *Devrimci Demokrasi* (*Revolutionäre Demokratie*) und die zweimonatliche, wegen der Finanzengpässe zeitweilig unregelmäßig erscheinende *İşçi Köylü Kurtuluş* (*Arbeiter- und Bauernbefreiung*) (nicht identisch mit der gleichnamigen Publikation des *Partizan*-Flügels).

⁴³ Quellen: BMI, a.a.O., S. 200/201; NRW, a.a.O., S. 211-214; EJB, a.a.O., S. 60/61.

⁴⁴ Quellen: BMI, a.a.O., S. 200/201; NRW, a.a.O., S. 211-214; EJB, a.a.O., S. 60/61.

2.3. Die kurdisch-nationale Linke

PSK (*Partiya Sosyalista Kurdistan – Sozialistische Partei Kurdistans*)

1974 gründete Kemal Burkay in Südostanatolien die PSK-T (*Tirkiye – Türkei*), deren Generalsekretär er seitdem ist. Der Rechtsanwalt und Poet aus Dersim (Tunceli) war 1965 der TİP beigetreten und 1968 Vorstandsmitglied geworden. 1972 setzte er sich aus politischen Gründen ins Ausland nach Deutschland ab. Die Generalamnestie 1974 ermöglichte ihm die Rückkehr in die Türkei, wo er sich dem Aufbau einer kurdischen kommunistischen Bewegung widmete. Ende 1980 floh er erneut ins Ausland und erhielt nach Aberkennung seiner türkischen Staatsbürgerschaft in Schweden Asyl. Von Stockholm aus begann er seine Partei neu zu organisieren und Anhänger unter den aus der Türkei stammenden kurdischen Arbeitsmigranten zu werben.

Die PSK strebt für die Türkei den Übergang zum Sozialismus sowie einen föderalistischen Staatsaufbau an; einen bewaffneten Kampf zur Durchsetzung der Ziele lehnt sie ab. Über ihre Mitgliederzahlen gibt es keine Angaben, sie dürften jedoch gering und in letzter Zeit im Abnehmen begriffen sein.

In den kurdischen Arbeitervereinen und Arbeiterkomitees in Europa war die PSK bereits Ende der siebziger Jahre aktiv geworden. 1979 schlossen sich mehrere Vereine in der Bundesrepublik Deutschland zum Dachverband KOMKAR (*Federasyona Komelên Karkerên Kurdistan li Elmanya Federal(!) – Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD*) mit Sitz in Köln zusammen. In den achtziger Jahren gehörten der KOMKAR, die sich in ihren Schriften zur Politik der PSK bekannte, ca. 35 Vereine und Komitees an. 1996 erfolgte eine Umbenennung in *Yekitiya Komelên Kurdistan (Verband der Vereine aus Kurdistan)*. Zusammen mit den Länderorganisationen von Schweden (KOMKAR-Swêd), von England, Dänemark sowie KOMKAR-Vereinen in den Niederlanden, Belgien, Frankreich,

Frankreich, Österreich und der Schweiz bildet die KOMKAR-Deutschland einen europäischen Dachverband, die KOMKAR-Evropa.

Der 17. Bundeskongress der KOMKAR in Deutschland im Jahr 20001 wählte Mustafa Kızabacak zum Bundesvorsitzenden. Aus dem Konferenzbericht geht hervor, dass die KOMKAR unter erheblichen finanziellen Engpässen leidet, die die Vereinsarbeit und die Publikationstätigkeiten beeinträchtigen.⁴⁵ Seit 1985 von einer Förderung durch Bundesmittel ausgeschlossen, ist eine externe Finanzierung nur noch durch regionale und örtliche Quellen sowie über zweckgebundene Drittmittelprojekte möglich. Durch den Schwund an Mitgliedern gingen auch die Beitrags- und Spendeneinnahmen zurück. Finanzielle Engpässe und Mitgliederschwund führten in den letzten Jahren dazu, dass Vereinslokale aufgegeben werden mussten und dass sich einzelne Ortsvereine vom Dachverband auf regionaler Ebene führt die KOMKAR Konferenzen und Schulungen durch. Eine Zusammenarbeit mit anderen kurdischen Organisationen findet fallweise auf regionaler Ebene bei Protestveranstaltungen/Protestaktionen und bei *Newroz*-Feiern (dem kurdischen Neujahrsfest am 21. März) statt.

Jahrzehntelang hatten sich Anhänger der PKK und der PSK in Europa zum Teil blutige Rivalitätskämpfe geliefert. 1993, nach dem Waffenstillstandsangebot der PKK an die Türkei, trafen sich im März und erneut im August 1993 Kemal Burkay und der PKK-Chef Abdullah Öcalan im Libanon. In einer gemeinsamen Erklärung gaben sie bekannt, dass sich ihre Organisationen auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts nicht mehr bekämpfen und in politischen

⁴⁵ „Tätigkeitsbericht des Gesamtvorstands“ in: Informationsbulletin Kurdistan, Köln, Nr. 87, Mai/Juni 2001, S. 15-21.

Fragen zusammenarbeiten wollten.⁴⁶ Eine politische Ehe kam dennoch nicht zustande. Die PSK beteiligte sich 1995 nicht an der Gründung des von der PKK dominierten *Kurdischen Exilparlaments* in Europa, ebensowenig 1999 an der Gründung des *Kurdischen Nationalkongresses* (vgl. PKK).

Wiederholt hat sich die PSK bemüht, im politischen Spektrum der Türkei Fuß zu fassen. Ihre Anhänger wirkten 1990 bei der Gründung der HEP und 1993 bei der Gründung der DEP mit, nicht jedoch 1994 bei der Gründung der HADEP. Dafür riefen PSK-Anhänger 1995 die DDP (*Demokrasi ve Değişim Partisi – Demokratie- und Umwandlungspartei*) ins Leben.⁴⁷ Nach der Verhaftung des Gründers İbrahim Aksoy wurde Refik Karakoç neuer Vorsitzender. Vor einem unmittelbar bevorstehenden Verbot der Partei durch das Verfassungsgericht, das dann im März 1996 erfolgte, waren die Führungsaktivisten aus der DDP ausgetreten und hatten die DBP (*Demokrasi ve Barış Partisi – Demokratie- und Friedenspartei*) gegründet, deren Vorsitzender anfänglich ebenfalls Karakoç war,⁴⁸ bis ihn 1999 Yılmaz Camlıbel ablöste. Drei der 25 DBP-Vorstandsmitglieder lebten im Ausland.⁴⁹ Im Oktober 2000 beschwerte sich der neue Parteivorsitzende, dass seine Partei kontinuierlich massiv in ihrer Arbeit behindert werde.⁵⁰

Die KOMKAR-Deutschland gibt seit 1986 unregelmäßig zweimonatlich das deutschsprachige *Informationsbulletin Kurdistan* heraus. Von 1980-1992 erschien monatlich die *Dengê Komkar (Stimme der*

KOMKAR) in Kurdisch und Türkisch. Die KOMKAR-Swêd in Stockholm verlegt seit 1979 die Zeitschrift *Roja Nû (Neuer Tag)* in kurdischer Sprache. Periodische Publikationen der PSK sind das *PSK-Bulten* in Kurdisch und Türkisch sowie die *Dengê Kurdistan (Stimme Kurdistans)*, letztere als Internet Edition. Ebenfalls als Internetausgaben erscheinen *Özgürlük Yolu/Riya Azadi (Weg der Freiheit)*, deren Printausgaben in das Jahr 1982 zurückreichen. Weiterhin unterhält die PSK eine Schriftenreihe, die *PSK Yayınları*.

Über die mehrsprachige Webseite (Englisch, Deutsch, Französisch, Schwedisch und Kurdisch/Türkisch) der PSK gelangt man zu den Webseiten einzelner KOMKAR-Länderorganisationen. Daneben unterhalten mehrere KOMKAR-Länderorganisationen eigene Webseiten.

2.4. Nationalistische Organisationen und Bewegungen

PKK (*Partiya Karkerên Kurdistan – Arbeiterpartei Kurdistans*)/
KADEK (*Kongreya Azadî u Demokrasiya Kurdistan – Freiheits- und Demokratie-Kongress Kurdistans*) (seit 4.4.2002)

1978 gründete eine Gruppe um den Politologie-Studenten Abdullah Öcalan in der Provinz Urfa die PKK, nachdem sie bereits seit 1976 als *Apocular* durch ihren kurdisch-nationalistischen Linksextremismus auf sich aufmerksam gemacht hatte.⁵¹ 1979 nahm Öcalan in Syrien Kontakte zu anderen kurdischen und auch zu palästinensischen Widerstandsbewegungen sowie zu Rifat al-Asad auf. Nach dem Militärputsch in der Türkei 1980 blieb er im syrischen Exil. Er bekam in Damaskus ein Haus als Parteizentrale zur Verfügung gestellt und die Erlaubnis, in dem von Syrien beherrschten Teil des Bekaatal im Libanon Ausbildungslager einzurichten.

In Syrien baute Öcalan die PKK nach dem Prinzip des „demokratischen Zentra-

⁴⁶ „Das Protokoll zwischen PSK und PKK“ in: *Informationsbulletin Kurdistan*, Köln, Nr. 48, 1993, S. 4.

⁴⁷ TDN, 4.4.1995 („Democracy and Transformation...“).

⁴⁸ TDN, 12.3.1995 („Democracy Change Party...“).

⁴⁹ Yıldız, Fikret: Notizen zur DBP, in: *Informationsbulletin Kurdistan*, Köln, Nr. 66/67, 1996, S. 6.

⁵⁰ IMK-Wocheninformationsdienst, Bonn, Nr. 82/83, 5.-20.10.2000 („Die Arbeit der...“).

⁵¹ *Apo* ist der kurdische Diminutiv für Abdullah, gleichzeitig ist es die Bezeichnung für „Onkel“.

lismus“ zu einer straff geführten Organisation aus, die unbedingten Kaderegehorsam gegenüber dem Generalsekretariat der Partei, d. h. gegenüber Öcalan verlangte.⁵² Zwei 1984 zeitgleich auf die türkischen Grenzposten Erüh und Şemdinli durchgeführte Überfälle gelten als Beginn der „bewaffneten Propaganda“ der PKK in der Türkei. Als Ausgangsbasis diente ihr hierbei ein schmaler, während des irakisch-iranischen Krieges 1980-1988 von irakischen Kurdenorganisationen kontrollierter Grenzstreifen im Nordirak entlang der türkischen Grenze. Auch die Wiederherstellung der irakischen Zentralgewalt in diesem Grenzstreifen 1988 und selbst die Anwesenheit alliierter Truppen im Nordirak nach dem missglückten Kurdenaufstand 1991 hinderten die PKK nicht, ihre Überfälle in der Türkei fortzusetzen. Die Türkei konterte mit z. T. exzessiven militärischen Aktionen auf nordirakischem Gebiet.

1992 begann die PKK auch im Westteil der Türkei Anschläge zu verüben. Die Massenflucht aus dem Südosten der Türkei in die westlichen Wirtschaftsballungsgebiete und die katastrophalen sozio-ökonomischen Lebensbedingungen der Abwanderer verschafften der PKK besonders im Adana-Gebiet und in Istanbul ein bereitwilliges Rekrutierungspotential.

1980 aus der Türkei geflohene Anhänger der PKK hatten unterdessen unter der kurdischen Migrantenbevölkerung in Westeuropa ein verzweigtes Organisationsnetz aufgebaut. 1998 verfügte die PKK über Vertretungen in Brüssel, Kopenhagen, Köln, Helsinki, Paris, Athen, London, Rom, Amsterdam, Oslo, Wien, Stockholm, Genf und Madrid, in der Regel entweder als Informationsbüros/-zentren oder als Kurdistan-/Solidaritätskomitees bezeichnet.⁵³

⁵² Vgl. auch: Gürgenarazili, Ferenz: Abdullah Öcalan. Führer der PKK, in: Orient, Opladen, Band 39, 1998, Heft 3, S. 363-371.

⁵³ Z.B. in Brüssel das *Comitee du Kurdistan* und den *Radet Kurdistan* in Stockholm. Darüber hinaus hatte die PKK weitere Stützpunkte in Nikosia, Blacktown/Australien,

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die PKK auch in ehemaligen Ostblockstaaten aktiv geworden und hatte Stützpunkte in Sofia und Budapest eingerichtet. In der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) wandte sie sich an die kurdische Minderheit in Armenien, Georgien und in Kasachstan, wo besonders um Almaty und Janbul eine größere kurdischsprachige Population lebt.⁵⁴ Sie war im Zuge der Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen aus dem Kaukasus nach dem Zweiten Weltkrieg unter Stalin dorthin gelangt. 1992/1993 begann die PKK unter den Kurden in Kasachstan mit dem Vertrieb von PKK-Publikationen und mit Rekrutierungen.⁵⁵ 1995 besaß die Organisation in den Hauptstädten der GUS sowie in den größeren Städten von Russland, Weißrussland und der Ukraine Stützpunkte („Kurdische Häuser/Kulturzentren“).

1998 gelang der Türkei ein entscheidender taktischer Schlag gegen die PKK. Begleitet von massiven Kriegsdrohungen zwang sie Syrien zu einem Abkommen (20.10.1998), das die Anwesenheit der PKK in Syrien und im Libanon beendete. Die PKK-Funktionäre verließen Syrien oder tauchten unter. Abdullah Öcalan hatte sich bereits Wochen zuvor nach Moskau abgesetzt, wurde dort vom israelischen Geheimdienst geortet und fand schließlich nach einer Odyssee über Athen, Rom und wieder Griechenland Zuflucht in der Residenz des griechischen Botschafters in Nairobi/Kenia. Von dort entführte ihn im Feb-

Toronto und Washington DC (vgl. Kontaktadresse in: Kurdistan Rundbrief, Nr. 90 März/April 1998, S. 75).

⁵⁴ Dem letzten Zensus in der UdSSR zufolge gab es 1989 insgesamt 153.000 Kurden in der Sowjetunion, verteilt auf Armenien – 56.000, Georgien – 33.000, Kasachstan – 25.000, Kirgistan 14.000, Aserbaidshan – 12.000, Turkmenistan 4.000, übrige Republiken – 9.000 (Burgaj, N.F./Broer, T.M./Broer, R.M.: Sowjetskije kurdy. Vremja peremen, Moskwa 1993, S. 24 ff.).

⁵⁵ TDN, 16.8.1995.

ruar 1999 ein Spezialkommando in die Türkei, wo ihn ein Staatssicherheitsgericht noch im gleichen Jahr zum Tode verurteilte. Die Regierung entschloss sich, mit der Vorlage des Urteils zur Bestätigung durch das Parlament zu warten, bis das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, den die Anwälte Öcalans angerufen hatten, vorliegt.⁵⁶ Am 2.8.2002 schaffte das türkische Parlament die Todesstrafe ab und am 3.10. wandelte das zuständige Staatssicherheitsgericht Öcalans Todesstrafe in eine lebenslange Haftstrafe um.

Auf dem Höhepunkt ihres Erfolgs Mitte der neunziger Jahre hatte die PKK 10.000-15.000 Mann unter Waffen; davon vermutete man 2.000-5.000 Mann in der Türkei und 5.000-6.000 im Nordirak. Darüber hinaus verfügte die Organisation nach eigenen Angaben über eine mobilisierbare Reserve von 60.000-77.000 Mann. Der harte Kern der PKK unter den Kurden in Deutschland wurde auf 7.500 Aktivisten geschätzt, unterstützt von mehr als 50.000 Sympathisanten und einem Mobilisierungspotential unter den kurdischen Migranten von 150.000-200.000 Personen.⁵⁷ Gegenwärtig (2002) verfügt die PKK wohl nur noch über 6.000 Kämpfer, von denen sich möglicherweise noch 400-500 in der Türkei aufhalten. Der Rest hat sich in Lager im Nordirak, zum kleineren Teil auch in Iran zurückgezogen.⁵⁷ In Deutschland hat die PKK ca. 12.000 Mitglieder⁵⁸ und in der Schweiz ca. 4.000, die von etwa 100 hauptamtlichen Kaderfunktionären geführt werden.⁵⁹ An dem „Internationalen Festival für Frieden, Demokratie und Freiheit“, einer Fortsetzung des seit 1993 jährlich von der PKK veranstalteten „Internationalen Kurdis-

tan-Festivals“, nahmen im September 2000 in Köln 50.000-60.000 Personen teil.⁶⁰

Die Struktur der PKK entwickelte und änderte sich mit den jeweiligen Phasen, die die Organisation durchlief. Bis zu seiner Gefangennahme war Abdullah Öcalan, von seinen Anhängern *Serok* (Führer) genannt, als Generalsekretär bzw. Vorsitzender (ab 1995) der PKK die zentrale Figur, um die sich ein erheblicher Personenkult rankte. Nach dem Muster der Kommunistischen Partei stand ihm ein Zentralkomitee zur Seite, das sich aus seinen engsten Ratgebern und den wichtigsten Kommandanten zusammensetzte.

Eine nächste Ebene in der Strukturhierarchie bildeten die beiden Organisationen ARGK (*Atesen Rizgarîya Gelê Kurdistan – Volksbefreiungsarmee Kurdistans*) und die ERNK (*Enîya Rizgarîya Netewe Kurdistan – Nationale Befreiungsfront Kurdistans*).

1984 hatte die HRK (*Hêzên Rizgarîya Kurdistan – Befreiungsdivision Kurdistans*) den bewaffneten Kampf aufgenommen, 1985 trat die ERNK an ihre Stelle und ein Jahr später, nach dem Tod des ERNK-Kommandanten Mahsum Korkmaz, 1986 die aus Berufskämpfern gebildete ARGK. Ein Militärrat im libanesischen Bekaatal unter Führung eines Oberkommandanten (seit 1995 Cemil Bayik) legte die militärische Taktik fest. Für die Umsetzung waren die Frontkommandanten zuständig, denen die Kampfverbände in den einzelnen Regionen unterstanden. Die innerhalb der Türkei operierenden Kommandanten entwickelten dabei eine gewisse, von Öcalan nicht zu kontrollierende Eigenständigkeit. Auf Dauer konnte sich allerdings keiner von ihnen den Direktiven der Parteiführung widersetzen; entweder kamen sie unter mysteriösen Umständen ums Leben oder sie versuchten sich abzusetzen. So ergab sich z.B. der Frontkommandant Şemdin Sakik, der Meinungsverschiedenheiten mit dem Apo hatte, im April 1998 der nordirakischen *Demokratischen Partei Kurdistans*

⁵⁶ Vgl. a. Franz, Erhard: Das Dilemma der PKK mit dem „Friedensapostel“ Öcalan, in: Koszinowski, Thomas/Mattes, Hanspeter (Hrsg.): Nahost-Jahrbuch 1999, Opladen 2000, S. 195-200.

⁵⁷ TDN, Ankara, 19.10.2001 („ISS report says...“).

⁵⁸ NRW, a.a.O., S. 217.

⁵⁹ EJPP, a.a.O., S. 58.

⁶⁰ NRW, a.a.O., S. 232.

von Masud Barzani. Kurz darauf entführte ihn ein türkisches Spezialkommando aus dem Nordirak in die Türkei. Für Einzelaktionen der PKK über die Grenze hinweg waren als „Koordinatoren“ bezeichnete Kommandanten zuständig. Sie werteten die Meldungen von Erkundungstrupps aus, bestimmten die Angriffsziele, organisierten den Einsatz von Kampfverbänden zur Durchführung und werteten die Aktion anschließend propagandistisch aus.

Die 1985 auf einer Pressekonferenz von hochrangigen PKK-Funktionären der Öffentlichkeit vorgestellte ERNK war nach Gründung der ARGK für die gesamte Logistik und Propaganda außerhalb des Kampfgebietes (darunter auch in den Städten und Dörfern der Türkei) zuständig. Sie gliederte sich in die als „Büros“ bezeichneten Abteilungen „Türkei“, „Europa“, „Nahe Osten“, „Afrika“; später kam noch ein Büro für die ehemaligen Ostblockstaaten hinzu. Europa war (und ist wohl noch) in 16 Regionen aufgeteilt (vgl. Übersicht 3).⁶¹ Die sieben Regionen in der Bundesrepublik Deutschland tragen die Bezeichnungen: Nord, Mitte, Süd, Bayern, Berlin-Nord, Berlin-Mitte, Sachsen und Sachsenanhalt. Die einzelnen Regionen setzen sich aus Gebieten zusammen, z. B. die Region Beneluxländer aus den Gebieten Arnheim, Belgien und Den Haag, die Region Frankreich aus den Gebieten Elsass, Marseille und Paris und die Schweiz aus den Gebieten Basel (Sitz der Regionszentrale), Bern und Zürich. In Deutschland bestehen die Gebiete der einzelnen Regionen meist aus größeren Städten und deren Einzugsgebiet. Sie sind wiederum in (Stadt-) Räume gegliedert, die in einigen Fällen noch in nachgeordnete Stadtteile aufgeteilt sind. Die verantwortlichen Funktionäre wechseln mindestens ab Gebietsebene täglich ihren Aufenthaltsort, benutzen Decknamen und sind nur unter Telefonanschlüssen zu er-

reichen, die unverdächtigen Personen gehören. Nach dem konspirativen Prinzip tauschen sie häufig ihre Funktionen untereinander aus.⁶²

Bereits 1984 hatte die PKK in der BRD die FEYKA-Kurdistan (*Federasyona Yekîtiya Karkêrên Kurdistan li Almaniya(!) Rojava – Föderation der Arbeiter- und Kulturvereine Kurdistans in der BRD*) als Dachverband für 29 örtliche Vereine gegründet. Auf dem Parteikongress 1986 beschloss die PKK, unter dem Dach der ERNK alle Lebensbereiche der Kurden im Ausland abdeckende Massenorganisationen einzurichten, sogenannte „Y-Vereine“ (nach *Yekîtiya – Union*). 1987 entstanden die ersten neuen Y-Vereine. Damit verbunden waren weitere Organisationsstrukturen. Es entstand ein Organisationsbüro der PKK in Europa, die A.C.M. (*Avrupa Cephe Merkezi – Frontzentrale Europa*). Diese von drei bis vier hochrangigen Funktionären geleitete Zentrale setzte sich aus maximal 30 Personen zusammen – den Leitern verschiedener Komitees eines Koordinierungsbüros, den Regionsverantwortlichen und Vertretern von Massenorganisationen.

An Massenorganisationen sind bekannt die:

- HUNERKOM (*Yekîtiya Hunêrmendên Welatparêzên Kurdistan – Union der Patriotischen Kulturschaffenden Kurdistans*);
- PJA (*Partiya Jinên Kurdistan – Partei der Frauen Kurdistans*), vormals YAJK (*Yekîtiya Azadîya Jinên Kurdistan – Union der Freiheitlichen Frauen Kurdistans*);
- YCK (*Yekîtiya Ciwanên Kurdistan – Union der Jugend Kurdistans*);
- YEYMAL (*Yekîtiya Malbatên Kurd – Union der kurdischen Eltern*);
- YHK (*Yekîtiya Hukuknasên Kurdistan – Union der Juristen aus Kurdistan*);
- YKWK (*Yekîtiya Karkerên Welatparêzên Kurdistan – Union Patriotischen Arbeiter Kurdistans*);

⁶¹ Die Aktivitäten unter den bis zu 20.000 kurdischen Arbeitsmigranten aus der Türkei in Australien werden allem Anschein nach von Europa aus gesteuert.

⁶² NRW, o.a.O., S. 223; BMI, o.a.O. S. 190.

- YMK (*Yekîtiya Mamostên Kurdistan – Union der Lehrer aus Kurdistan*);
- YNK (*Yekîtiya Nevşekarên Kurdistan – Union der Schriftsteller aus Kurdistan*);
- YRK (*Yekîtiya Rojnamevanên Kurdistan – Union der Journalisten aus Kurdistan*);
- YXK (*Yekîtiya Xwendanâmên Kurdistan – Verband der StudentInnen aus Kurdistan*);
- YZK (*Yekîtiya Zarokên Kurdistan – Union der Kinder aus Kurdistan*);
- KIH (*Kurdistan Islam Hareketi – Islamische Bewegung Kurdistans*), vormals YDK (*Yekîtiya Dindarên Kurdistan – Patriotische Einheit der Religiösen Kurdistans / Einheit des Religiösen Kurdistans(!)*);
- FEK (*Federasyona Eleviyên Kurdistan – Föderation der Alewiten aus Kurdistan*);
- YEK (*Yekîtiya Ezidiyên Kurdistan – Union der Yeziden aus Kurdistan*).⁶³ Sie wurde neuerdings in FKÊ (*Federasyona Kurdin Êzidiyên – Föderation der Kurdischen Yeziden*) umbenannt.

Weiterhin unterhielt die ERNK in Europa eine eigene Verlagsanstalt, Nachrichtenagenturen, unzählige Kurdistan- und Kulturhäuser/-zentren und sie betrieb weltweit die Gründung zahlreicher Solidaritäts- und Freundschaftskomitees/-vereine. Direkte ERNK-Büros bestanden in Athen, Madrid, Oslo und Wien.⁶⁴

In Deutschland stufte der Bundesinnenminister am 26.11.1993 die PKK als „terroristische“ Organisation ein⁶⁵ und ließ die PKK und die ERNK verbieten. Weiterhin verfügte er die Auflösung der FEYKA-Kurdistan einschließlich ihrer 29 Mitgliedsverbände, des Verlagshauses *Berxwedan Verlags GmbH* und der angeschlossenen

Nachrichtenagentur KURD-HA (*Kurdistan-Haber Ajansi-News Agency*) sowie des *Kurdistan Komitee e.V. Köln*. An ihrer Stelle entstanden jedoch neue Organisationen unter anderem Namen, wie z. B. noch im Dezember 1993 an Stelle des *Kurdistan Komitees* das KIB (*Kurdistan Informationsbüro in Deutschland*) und die KURD-HA als KURD-A. Die beiden neuen Organisationen wurden ebenfalls verboten. Die im November 2001 in Frankfurt gegründete MHA (*Mezopotamya Haber Ajansi – Mesopotamische Nachrichtenagentur*) verrät sowohl durch Namengebung als auch durch Berichterstattung eine starke Nähe zur PKK.

Parteikongresse der PKK fanden unter wechselnden Bezeichnungen ohne Anwesenheit des Parteiführers statt, in der Regel im Nordirak. Bis 2000 dienten sie dazu, den Direktiven des Generalsekretariats den Anstrich eines Beschlusses durch eine breitere Basis zu geben und die von Öcalan jeweils bestimmte Parteipolitik auch gegenüber Opponenten durchzusetzen.

Der erste Parteikongress 1981 trug die Bezeichnung „Parteikonferenz“, der zweite und dritte folgte 1982 resp. 1986, der vierte 1990⁶⁶, der fünfte 1995 und der sechste 1999 (nach der Gefangennahme Öcalans). Ein siebter „außerordentlicher“ Parteikongress fand Anfang 2000 statt, und der achte und letzte Parteikongress der PKK und zugleich erster des KADEK tagte vom 4.-10.4.2002. Neben den Parteikongressen hielt die PKK „Nationalkonferenzen“ mit erweitertem Teilnehmerkreis ab. Die ersten beiden waren identisch mit dem ersten und zweiten Parteikongress, eine dritte folgte 1994 und eine vierte 1996.

Bis 1993 waren die Ziele der PKK die Abschaffung der „feudalen“ Verhältnisse im Kurdengebiet und die Gründung einer unabhängigen sozialistischen Republik Kurdistans mit der Hauptstadt Diyarbakır. Dieser Staat unter Leitung der PKK sollte zuerst einmal „Nordkurdistan“, d.h. das Kur-

⁶³ NRW, a.a.O., S. 222.

⁶⁴ Vgl. Kontaktadressen in: Kurdistan Report Nr. 103, März 2002 – Internet-Ausgabe.

⁶⁵ 1996 wurde die PKK statt als „terroristische“ als „kriminelle“ Organisation eingestuft; das Verbot blieb bestehen.

⁶⁶ Er trug die Bezeichnung „Zweite Nationale Parteikonferenz“.

dengebiet in der Türkei umfassen und später die übrigen Teile vereinen. Die ursprünglich marxistisch-leninistische Ideologie wich im Laufe der Jahre einer immer stärkeren Betonung des kurdischen Nationalismus. Ende 1993 signalisierte Öcalan gleichzeitig mit einer gewissen Verhandlungsbereitschaft, dass die PKK nicht mehr unbedingt auf der Gründung eines eigenen Staates bestände, sondern sich auch andere Lösungen vorstellen könne – allerdings nicht innerhalb der „faschistischen Strukturen“ der Republik Türkei. Der Parteikongress 1995 stellte mit einem neuen Parteiprogramm die politischen Aufgaben der PKK stärker in den Vordergrund. Nach seiner Gefangennahme forderte Öcalan 1999 aus der Haftanstalt heraus die „Berg-Einheiten“ auf, die aktiven Kampfhandlungen einzustellen und sich aus der Türkei zurückzuziehen.

Der außerordentliche Parteikongress im Nordirak wählte im Januar 2000 Abdullah Öcalan demonstrativ erneut zum Generalpräsidenten und beschloss eine grundlegende Neuausrichtung der Partei. Die wesentlichen Beschlusspunkte waren:

- keine Gewaltanwendung mehr zur Durchsetzung der Ziele, sondern ausschließlich politische und demokratische Mittel sowie Umwandlung der PKK in eine legale und demokratisch strukturierte Organisation;
- keinen autonomen Kurdenstaat; als Grundbedingungen für eine Lösung des Kurdenproblems in der Türkei jedoch a) die Freilassung von Abdullah Öcalan, b) die Anerkennung der kurdischen Identität und c) freie kulturelle und sprachliche Entwicklung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei.⁶⁷

Nach der Gefangennahme des Apo hatte zunächst das Triumvirat Cemil Bayık, Osman Öcalan und Mustafa Karasu die Tagesgeschäfte geführt, danach ein siebenköpfiger „Führungsrat“, der im Jahr 2000 in einen aus neun Personen bestehenden

„Präsidialrat“ mit Sitz im Nordirak einmündete. Auf dem letzten Parteitag 2002 wurde dieser Rat auf elf Mitglieder erweitert. Einer mündlichen Quelle zufolge gehören dem Präsidialrat an: Cemil Bayık (Gründungsmitglied der PKK 1987, ZK-Mitglied und Oberkommandant der früheren ARGK), Osman Öcalan (Bruder von Abdullah; ZK-Mitglied und Kommandant), Mustafa Karasu (ZK-Mitglied und Kommandant mit Aufenthaltsort in Armenien), Nizamettin Taş (ZK-Mitglied und Kommandant mit Aufenthaltsort in Iran), Murat Karayılan (ZK-Mitglied, das im November 1999 in den Niederlanden Asyl beantragt hatte),⁶⁸ Duran Kalkan, Rıza Altun, Ali Haydar Kaytan sowie Frau Nuriye Kesbir (z. Z. in Niederlanden in Haft), Frau Gülsen Baş und Frau Jiyan Deniz.⁶⁹

Im Zuge der 2000 beschlossenen Neustrukturierung der Organisation ersetzte eine aus 40 Personen bestehende „Partei-vollversammlung“ als erweitertes Beschlussgremium das ZK; die ARGK wurde in HPG (*Hêzên Parastinî Gelê Kurd – Verteidigungseinheit des kurdischen Volks*) umgetauft und sollte künftig nur noch bei direkten Angriffen mit militärischen Mitteln reagieren. An die Stelle der aufgelösten ERNK trat die YDK (*Yekîtiya Dimokratên Kurd – Demokratische Union der Kurden*). In Europa bildete ein „Führungsrat“ die oberste Funktionsebene der neuen YDK an Stelle der alten A.C.M.. Wie schon die A.C.M. hatte auch der Führungsrat keinen festen Standort. Die unterhalb der A.C.M./des Führungsrats liegenden Organisationseinheiten erhielten neue Namen und Strukturen und ein „Organisationsbüro“ mit „Büros“ für bestimmte Massenorganisationen entstand neu (vgl. Übersicht 3).

⁶⁸ TDN, 25.11.1999 („Senior PKK member flees...“).

⁶⁹ Dem neunköpfigen Präsidialrat hatte auch Faysal Dumlayıcı alias Kani Yılmaz, seit 1994 Europarepräsentant der ERNK, angehört. Über seine weitere Zugehörigkeit zum Rat liegen widersprüchliche Angaben vor.

⁶⁷ NRW, a.a.O., S. 219/220.

Am 16.4.2002 stellte der Europasprecher der KADEK, Rıza Erdoğan, in Brüssel die Abschlusserklärung des achten PKK-Partei-kongresses vor. An ihm hatten 285 Delegierte teilgenommen. In der Erklärung hieß es u.a., dass die auf dem siebten Parteikongress beschlossene Umwandlung der PKK ideologisch und organisatorisch abgeschlossen sei. Die PKK mit ihren Errungenschaften und Fehlern habe ihre historische Mission erfüllt und stelle daher mit dem 4. April 2002 alle ihre Aktivitäten ein. Einziger und legitimer Nachfolger der PKK sei der KADEK unter dem Vorsitz von Abdullah Öcalan. Der KADEK strebe die Einheit des kurdischen Volkes mit seinen Nachbarvölkern auf freiwilliger Basis und mit Methoden des friedlichen Volkskampfes an, bei dem er den Frauen und der Jugend eine exponierte Stellung einräume.⁷⁰

Im Vorfeld des Parteikongresses 2002 war eine *Partei der Demokratischen Lösung für Kurdistan* für „Südkurdistan“ (dem nordirakischen Kurdengebiet) entstanden, deren am 2.4.2002 im Internet veröffentlichte Gründungserklärung mit: „Lang lebe unser nationaler Führer Apo!“ schloss. Pressemeldungen zufolge erfolgte weiterhin die Gründung einer *Turkey Society and Civilization Party* für die Türkei, einer *Selaheddin Eyyubi Movement* für Syrien und einer *Kurdistan Freedom and Brotherhood Movement* für Iran, die gemeinsam auf die Gründung einer *Democratic Middle East Federation* hinarbeiten sollten.⁷¹

Den enormen finanziellen Bedarf der PKK, früher für die militärischen Auseinandersetzungen mit der Türkei, nach 1999 – der Parteipropaganda zufolge – für die Verteidigung von Abdullah Öcalan und die Umstrukturierung, deckten Mitgliedsbeiträge, der Verkauf von Publikationen und der Erlös von Großveranstaltungen. In der Vergangenheit kamen wohl auch die Unterstützung von Drittländern wie z. B. Syriens

sowie die „Abschöpfung von kriminellen Gewinnen“ hinzu. Über die Jahre hatte ein nicht erhärteter Verdacht bestanden, dass die PKK in Teilbereichen mit der organisierten Kriminalität verstrickt gewesen sei und über Drogenhändler mittelbar am Rauschgiftgeschäft partizipiert habe.⁷² In jährlichen Spendenkampagnen, die im Spätsommer begannen, wurden die Anhänger aufgefordert, die Organisation mit „freiwilligen“ Extraabgaben zu unterstützen. Abgesehen von Hinweisen auf Spendengelderpressungen in Einzelfällen, die möglicherweise von Anhängern in Eigeninitiative erfolgten, verliefen die Kampagnen 1998/1999 und 1999/2000 friedlich. Bis 1998 waren in Deutschland jährlich 30 Mio. DM zusammengekommen, in der Kampagne 1999/2000 sank die Summe trotz Verlängerung auf unter 20 Mio. DM ab.

Nach dem Parteitag 2000 entstand die KEIB (*Kurd Esnav ve İşadamlar Birliği – Union der Kurdischen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute*), die z. B. im Oktober 2000 ein Büro in der Schweiz eröffnete. Die KEIB soll durch Gründung von Finanz- und Wirtschaftsgesellschaften sowie einer kurdischen Bank die Umsetzung der neuen Parteistrategie finanziell unterstützen.⁷³

In der Vergangenheit brachte man die PKK wiederholt mit Anschlägen auf türkische Einrichtungen in Westeuropa in Verbindung. Die Ausschreitungen nach der Entführung Öcalans aus Nairobi 1999 scheinen dagegen spontan, ohne Direktiven der Führung, von Anhängern ausgegangen zu sein. Die ERNK und ihre Unterorganisationen führen Groß- und Massenveranstaltungen durch und traten als Anmelder bzw. Mitveranstalter zahlreicher gegen die Kurdenpolitik der Türkei gerichteter Kundgebungen und Demonstrationen auf, bei denen es oft zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei sowie zu einigen Selbstverbrennungen gekommen war. Gemeinsam mit anderen kurdischen

⁷⁰ „Abschlußbericht des Kongresses“, Kurdistan Report Nr. 103, a.a.O.

⁷¹ TDN, 15.4.2002 („PKK convention...“).

⁷² NRW, a.a.O.

⁷³ EJP, a.a.O., S. 57-59.

Organisationen durchgeführte *Newroz*-Feiern im März dienten der PKK als willkommenes Propagandainstrument. Mit der Aktion „Dialog statt Verbot“ setzte sich die ERNK in Deutschland für die Aufhebung des PKK-Verbots ein, forderte, dass die Kurden nicht nach Herkunftsland, sondern als eigenständige Volksgruppe unter den Migranten anerkannt werden, und sie veranstaltete oder nahm Teil an Aktionen gegen die Abschiebung von Ausländern. Nach 1999 war eine ihrer Forderungen „Freiheit für Abdullah Öcalan“. Darüber hinaus leistete sie den Samstagsmüttern und den Todesfastenden in der Türkei moralische Unterstützung.

In mehreren Staaten (Italien, Griechenland, GUS) fand die PKK Unterstützung bei der kommunistischen Partei des Landes, in Deutschland bei der PDS, deren Abgeordnete gelegentlich an PKK-Veranstaltungen teilnahmen.

Auf zahlreiche „unabhängige“ kurdischen Organisationen übte die PKK dominanten Einfluss aus. Beispiele dafür sind die YEK-KOM, die in ihrer Öffentlichkeitsarbeit aktuelle Themen der PKK aufgreift und das Exilparlament bzw. der KNK.

YEK-KOM (*Yekîtiya Komelên Kurd li Elmanya – Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.*)⁷⁴

1994 in Bochum gegründet und seit 1999 in Düsseldorf ansässig, fungierte sie bis zur Auflösung der PKK als Dachverband für zahlreiche der PKK/ ERNK nahestehende Vereine und Unionen. Ihre Finanzierung erfolgt durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und durch öffentliche Zuschüsse. In vierzehntägigem Rhythmus erscheint ein *YEK-KOM Bülteni*. Der Dachverband führt jährliche Kongresse im Mai durch.

Die YEK-KOM wiederum ist zusammen mit der FED-BIR (Großbritannien), der FED-KOM (Niederlande), FEKAR (Schweiz), FEK-BEL (Belgien), FEYKA-Kurdistan (Frankreich), der FEY-Kurd (Dänemark) sowie der

FEY-KOM (Österreich) Mitglied der KON-KURD (*Konfedarasyona Komelên Kurd li Ewropa(!) – Konföderation Kurdischer Vereine in Europa*) in Brüssel, dem europäischen Dachverband für über 100 Mitgliedsvereine.

**Kurdisches Exilparlament (*Parlamenta Kurdistanê li Derveyî Welat*)/
KNK (*Kongreya Netewîya Kurdistan – Kurdischer Nationalkongress*)**

Als Folge des Beschlusses des fünften Parteitages über ein stärkeres politisches Engagement der PKK betrieben ihre Funktionäre die Gründung eines „Kurdischen Exilparlaments“. An der Gründungssitzung im Mai 1995 in Brüssel nahmen 56 Vertreter kurdischer Organisation aus Europa, den USA, Australien, der GUS und fünf ehemalige Abgeordnete aus der Türkei, die im Jahr zuvor unmittelbar vor dem Verbot der DEP ins Ausland geflohen waren, teil.⁷⁵ Zum Präsidenten wählten die Delegierten Yaşar Kaya, den ehemaligen Vorsitzenden der 1993 in der Türkei verbotenen HEP. Zübeydir Aybar, ein ehemaliger Abgeordneter der HEP, wurde Vorsitzender des aus 15 Personen bestehenden Exekutivrats. Noch im gleichen Jahr nahm Kaya an der Spitze einer Delegation des Exilparlaments Kontakt mit Öcalan im Libanon auf. In der Folgezeit tagte das Parlament an wechselnden Orten (u.a. in Wien, Kopenhagen, Oslo, Moskau und Rom). An der Eröffnung der zweiten Sitzungsperiode des Parlaments 1988 nahmen 65 Delegierte teil. Davon gehörten zwölf der ERNK an, zehn waren Mitglieder in der DEP gewesen, die Frauenunion (PJA) sandte fünf Delegierte und fünf weitere kamen aus der GUS, vier vertraten die Assyer, je zwei die Kommunistische Partei Kurdistans (Nordirak), die Patriotische Vereinigung, die KIH, die FEK und die YEK, je ein Delegierter kam aus den USA, aus Australien sowie von der

⁷⁴ Quelle: NRW, a.a.O., S. 227/228.

⁷⁵ Nicht an der Gründung beteiligten sich die PSK und ihre Unterorganisationen, die PUK (Patriotische Union Kurdistans) und die KDP (Demokratische Partei Kurdistans-Irak) aus dem Irak sowie die KDP-Iran.

Union der Lehrer (YMK), der Juristen (YHK), der Schriftsteller (YNK), der Journalisten (YRK), von den Gewerbetreibenden (KEIB) und den Künstlern (HUNERKOM); elf Delegierte waren unabhängige kurdische Persönlichkeiten.⁷⁶ Ende September 1999 beschloss das Exilparlament seine Auflösung.

Bereit 1995 hatten Kaya und Öcalan die Gründung eines „Nationalkongresses der Kurden“ erörtert. Während seines Hausarrestes in Ostia/Italien (1998) hatte Öcalan den Gedanken weiter vorangetrieben. Er wollte vom Kongress mit weitreichenden politischen Vollmachten als Repräsentant des kurdischen Volkes ausgestattet werden. Im Mai 1999 riefen unter maßgeblicher Beteiligung von Mitgliedern des Exilparlaments 189 Delegierte den Kurdischen Nationalkongress (KNK) ins Leben. Die PSK, die PUK und die KDP-Irak beteiligten sich nicht an der Gründung, wie sie sich auch zuvor nicht am Exilparlament beteiligt hatten. Der Nationalkongress wählte den unterdessen gefangenen Abdullah Öcalan einstimmig zum Ehrenvorsitzenden und den in der Schweiz lebenden langjährigen kurdischen Nationalisten Ismet Cherrif Vanyly zum Vorsitzenden. Zum KNK gehören vier Organe: der Exekutivrat, der Rat der Vorsitzenden, der Beratende Rat und der Disziplinarrat.⁷⁷ An der Sitzung des Kongresses im Dezember 2001 in Brüssel nahmen 150 Personen teil, darunter auch Danielle Mitterrand.⁷⁸ Aus der Webseite des KNK in Kurdisch, Englisch und Türkisch erfährt man u.a., dass sich unter den 175 Mitgliedern des Kongresses 24 Frauen befinden.

Unter den Printmedien gilt die türkischsprachige Tageszeitung *Özgür Politika (Freie Politik)* als Organ der PKK/KADEK. Wohl schon seit Gründung der FEYKA-Kurdistan

1984 erschien monatlich die Parteizeitschrift *Serxwebûn (Unabhängigkeit)* in Kurdisch und Türkisch, zuletzt mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren. Nur etwa halb so hoch ist die Auflage des *Kurdistan-Report*, einer deutschsprachigen zweimonatlichen Zeitschrift, die es seit 1984 gibt. Weiterhin erscheint ein *Kurdistan-Rundbrief*, *Jina Serbilind (Die achtbare Frau)*, *Stêrka Ciwan (Stern der Jugend)* und seit 1997 vierteljährlich die nach einer kurdischen Freiheitskämpferin benannte Frauenzeitschrift *Zilan*.⁷⁹ Daneben gibt es zahlreiche von der PKK/KADEK vertriebene Bücher und Broschüren mit parteibezogenen, politischen, aber auch historischen und kulturellen Themen.

Das Internet bietet der PKK/KADEK eine schnelle, kaum kontrollierbare grenzüberschreitende Kommunikationsmöglichkeit. Informationen der Organisation bieten an:

in Deutschland das KIZ (*Kurdistan Informations-Zentrum*) in Berlin, die ISKU (*Informationsstelle Kurdistan e. V., Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit*) in Hamburg mit einer täglich aktualisierten Auswahl von Pressemeldungen zu Kurdistan und der Türkei in deutscher Sprache und die *Internationale Initiative – Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan* in Köln mit dem per E-Mail verschickten *Flash-Bulletin*, einer Auswahl von Zeitungsberichten in deutscher bzw. in englischer Sprache. KIZ und ISKU haben ihre Webseiten bei der *nadir.org* aufgelegt, die linksantifaschistischen Gruppen Internetzugang bietet. Über das Internet können auch *Serxwebûn* (türkische Ausgabe) und die kurdisch sprachige Wochenzeitung *Azadiya Welat* abgerufen werden;

im Ausland das KIC (*Kurdistan Information Centrum Nederland*) in Amsterdam, das CIK (*Centre d'Information du Kurdistan*) in Paris, das UIKI (*Ufficio di Informazione del Kurdistan Italiano*) in Rom, das *Kurdistan Information Centre* in London, das *Kurdisztani Információ és Kultúrélis Iroda* in Buda-

⁷⁶ Kurdistan Rundbrief, Köln, Jg. 11, 1998, Nr. 20, S.1.

⁷⁷ NRW, a.a.O., S.227.

⁷⁸ TDN, 14.12.2001 („Alleged Kurdistan National Congress convene“).

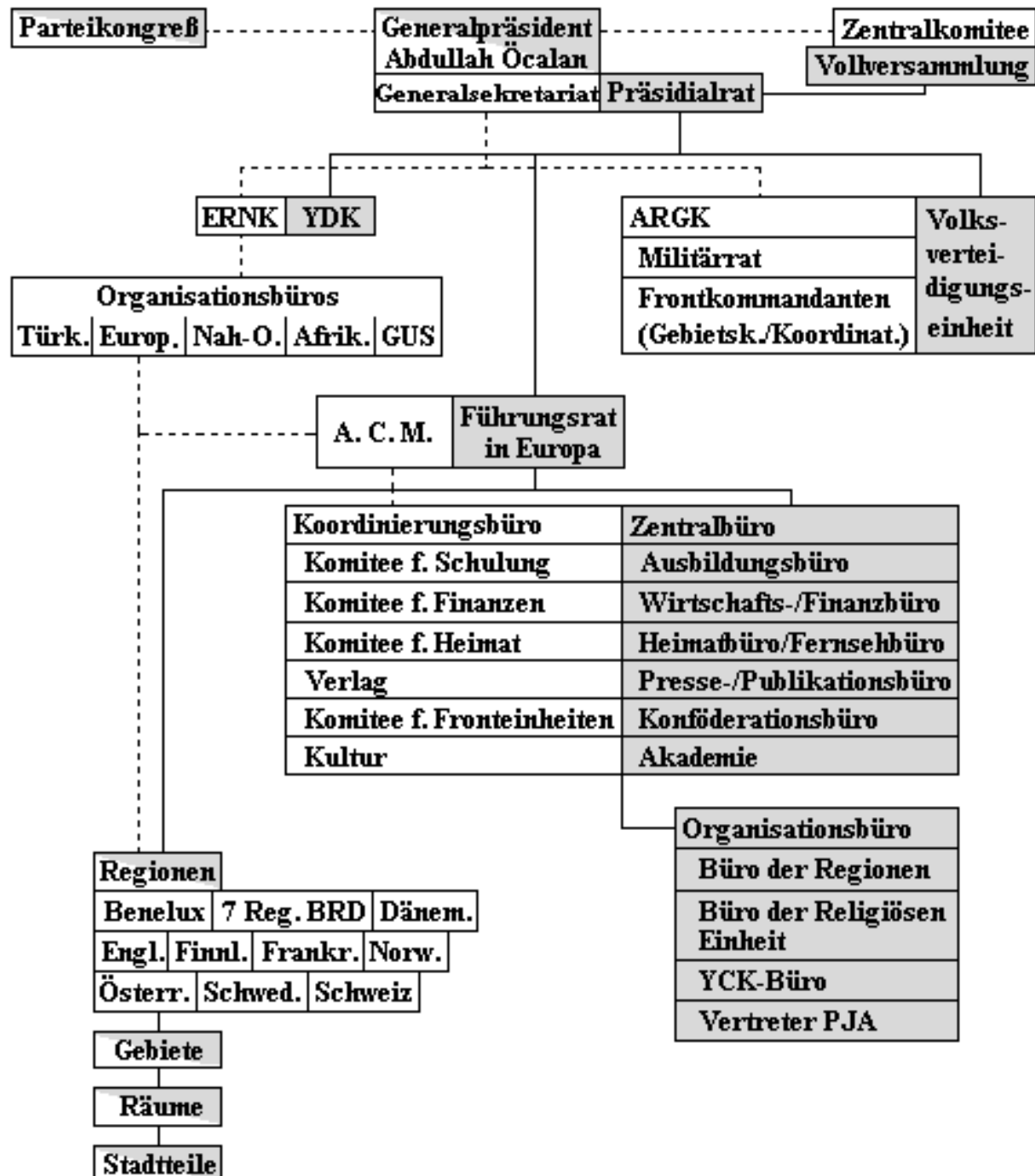
⁷⁹ NRW, a.a.O., S. 225/226.

pest sowie das AKIN (*American Kurdish Information Network*) in Washington/DC, dessen Direktor bis zu seiner Verhaftung

1996 wegen Passvergehen John Doe alias Sereno Citron alias Kani Xulam, gewesen war.

Übersicht 3: Strukturen der PKK

(durchgehende Striche, grau unterlegte Felder – Strukturen nach 2000)



Quellen: NRW, Verfassungsschutzbericht 1999 und 2000; İmset, İsmet G.: The PKK, Ankara 1992; Zeitungsberichte.

1995 hatte die PKK begonnen, sich eines eigenen Fernsehkanals für ihre Propaganda zu bedienen. Die MED Broadcasting Ltd. in London betrieb das MED-TV (*Median Television – Medisches Fernsehen*), das die Produktionsfirma *Roj-TV (Sonnen-Fernsehen)* in Brüssel belieferte. Nachdem Großbritannien 1996 dem Sender keinen Kanal mehr zur Verfügung stellte, handelte der Sender einen neuen Lizenzvertrag mit der privaten Gesellschaft INTELSAT in Washington, DC aus und war jetzt via Satellit auch in Südostanatolien zu empfangen. Öcalan nutzte den Fernsehsender als persönliche Domäne der Meinungsäußerung, indem er entweder über eine Telefonschaltung mit Damaskus an Gesprächsrunden teilnahm oder sich über Handy in laufende Sendungen einschaltete. Im März 1999 wurde das MED-TV in Großbritannien endgültig wegen seiner PKK-nahen Berichterstattung verboten. Noch im Juli des gleichen Jahres entstand in Paris das *Medya-TV*, das mit französischer Lizenz sendete. Auf der gleichen Satellitenfrequenz strahlt zeitversetzt das Mitte 2000 in Dänemark entstandene *me-tv der Mezopotamya Broadcast A/S* Kultur- und Bildungsprogramme aus.⁸⁰

Die Zaza-Nationalisten

Unter den Migranten aus der Türkei befindet sich eine unbekannte Anzahl von Personen, deren Muttersprache *Zazaki* ist. Angeregt durch die Bestrebungen von Exilkurden um eine intellektuelle Weiterentwicklung des Kurdischen (*Kurmancî*), entstanden auch unter den Zaza Bemühungen, für ihre Dialekte eine standardisierte Schriftsprache zu entwickeln. Damit verbunden war die Herausbildung einer eigenen Identität, mit der sie sich von den Kurden abhoben. Für Kurden ist das *Zazaki* ein kurdischer Dialekt und sie hatten die *Zazaki*-Sprecher für das Kurdentum vereinnahmt. Ende der achtziger Jahre rief der 1992 verstorbene sunnitische Zaza Abubekir Pamukçu im schwedischen Exil eine

Bewegung ins Leben, die die Zaza als eigene Ethnie bzw. Nation ansah, mit einer von den Kurden unterschiedlichen Herkunft aus Dailam am Kaspischen Meer. Seine Bewegung fand Anhänger unter anderen in Europa lebenden sunnitischen und alewitischen *Zazaki* Sprechenden, deren Mehrheit aus Dersim stammende Alewiten waren. Bei ihnen verschmolz eine seit jeher stark ausgeprägte regionale Sonderidentität nun zu einer über die Sprache definierten ethnischen Identität mit der Forderung nach Autonomie für ihr Verbreitungsgebiet „Zazastan“ bzw. „Alevistan“.⁸¹

Diesem konfessionsübergreifenden Ansatz gegenüber steht die weniger verbreitete Theorie von Seyfi Cengiz. Er stellte in seinem Londoner Exil die These von den zwei unabhängigen Nationen mit *Zazaki* als Muttersprache auf, die durch jahrhundertlange konfessionelle Trennung in Sunniten und Alewiten zwei gegensätzliche Kulturen entwickelt hätten.⁸²

In Europa gibt es eine Reihe von Vereinen, die für eine Zaza-Identität in der einen oder anderen Form eintreten. Sie unterhalten Webseiten im Internet und verbreiten ihre Ideen per E-Mail. Da sie mit ihrer Forderung nach Autonomie im Widerspruch zur türkischen Staatsauffassung stehen, sind sie ebenfalls als Exilopposition einzustufen.

3. Aktionsformen und politische Instrumentalisierung

3.1. Kategorien von Exiloppositionen

Anhand bestimmter Merkmale im Verhältnis von Exiloppositionsgruppen zum Inland lassen sich mehrere Kategorien herausarbeiten:

⁸¹ Kehl-Bodrogi, Krisztina: Prozesse ethnischsprachlicher Differenzierungen am Beispiel der zazakisprachigen Alewiten aus Dersim, in: Engin, İsmail/Franz, Erhard (Hrsg.): *Aleviler/Alewiten. Cilt/Band 1. Kimlik ve Tarih/Identität und Geschichte*, S. 143-156, hier S. 151 ff.

⁸² Kehl-Bodrogi, a.a.O., S. 154.

⁸⁰ NRW, a.a.O., S. 226.

1. Auf das Ausland beschränkte Gruppen, die keinen oder keinen nennenswerten Rückhalt unter der Heimatbevölkerung haben. Hierzu gehören die Zaza-Nationalisten, einige kurdisch-nationale religiöse Organisationen wie die *Islamische Bewegung Kurdistans* (HIK) und die *Islamische Partei Kurdistans* (PÎK), die *Föderation der Alewiten Kurdistans* (FEK), weiterhin die nur auf Frankreich beschränkte Union der Alewiten (FUAF) sowie auch der *Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)*.
2. Gruppen, die vom Ausland aus in der Türkei legale und illegale Gruppen mit ähnlichen Ansichten ideell und z. T. auch finanziell unterstützen. Dies trifft u.a. auf die *Sozialistische Partei Kurdistans* (PSK) zu.
3. Unter den Migranten gegründete Vereinigungen von religiösen oder weltanschaulichen Gruppen, von denen entweder eine erhebliche Anzahl von Glaubensbrüdern in der Türkei lebt oder die von einer Mutterorganisation mit Sitz in der Türkei unter den Türken im Ausland organisatorisch zusammengefasst wurden. Dadurch, dass sie im Ausland Ansichten vertreten, die in der Türkei verboten sind, müssen sie ebenfalls als Auslandsopposition eingestuft werden. Zu ihnen gehören die alewitischen Föderationen (AABF), die *Millî Görüş* (IGMG) und auch die *Jama'at un-Nur*.
4. Gruppen, deren Kommando- bzw. Aktionszentrale sich in der Türkei befindet und deren Präsenz im Ausland auf einen kleinen, aus der Türkei geflohenen Kaderstab und dessen Abspaltungen zurückzuführen ist. Unter diese Kategorie fallen die radikalen linken türkischen Gruppen im Ausland (DHKP-C; THKP-C, MLKP und TKP/ML).
5. Vom Ausland unterstützte und vorwiegend vom Ausland operierende Organisationen, die allerdings auch in der Türkei über eine erhebliche Anhängerschaft bzw. Sympathisanten verfügen.

Das vornehmlichste Beispiel hierfür ist die PKK/KADEK.

3.2. Exiloppositionen aus der Türkei im außenpolitischen Kontext

Generell führen die unterschiedlichen Erscheinungs- und Aktionsformen der Exiloppositionsgruppen aus der Türkei auch zu unterschiedlichen Formen der materiellen und politischen Unterstützung durch ein Gastland sowie zu damit verbundenen Zielen und Erwartungen. Da die PKK in vielen Ländern aktiv geworden ist, trug sie in den letzten zehn Jahren am meisten von allen Exiloppositionsgruppen aus der Türkei zu außenpolitischen Verwicklungen bei.

Unverhohlene politische und wohl auch materielle Unterstützung erfuhr die PKK von Ländern, deren Verhältnis zur Türkei historisch belastet ist.

Syrien hat bis heute seinen Anspruch auf das osmanische Sandschak Iskenderun, die heutige türkische Provinz Hatay, die die französische Mandatsmacht 1939 an die Republik Türkei abgetreten hatte, nicht aufgegeben. Mit den Großstaudambauten am Euphrat (Kebandamm 1974, Karakayadamm 1988, Atatürkdamm 1990 und dem Birecikdamm 2001) kam die Wasserfrage als weiteres Konfliktpotential zwischen beiden Ländern hinzu. Ende der siebziger Jahre bestanden zwischen palästinensischen Organisationen, die von Syrien unterstützt wurden, und Gruppen der radikalen türkischen Linken Ausbildungsabkommen. In diese Verbindungen konnte sich 1979 auch die PKK einklinken. Von der späteren engen Zusammenarbeit zwischen der PKK und Syrien profitierte Syrien in doppelter Hinsicht: zum einen liefen sämtliche finanzielle Transaktionen der PKK über syrische Banken und die PKK gab einen Großteil ihrer Einnahmen wieder in Syrien aus, und zum andern kontrollierte die PKK die syrischen Kurden, die sich bis auf Ausnahmen dadurch systemkonform

verhielten.⁸³ Erst die israelisch-türkische Kooperation auf militärischem Gebiet seit 1996 und eine unverhohlene Kriegsdrohung der Türkei im Oktober 1998 veranlasste Syrien aus Furcht vor einem Zweifrontenkrieg, den türkischen Forderungen nachzugeben und der PKK das Aufenthaltsrecht im Lande und im syrisch kontrollierten Teil des Libanon zu entziehen.

In **Iran** hatte die islamische Revolution 1979 den alten osmanisch-safawidischen Konflikt wieder aufleben lassen. Morde an und Entführungsversuche von iranischen Dissidenten in der Türkei, vor allem aber die Kontakte der iranischen Botschaft in Ankara zu radikalen, antilaizistischen islamistischen Gruppen in der Türkei, führten zu wiederholten diplomatischen Missklängen. Ein weiteres Spannungsfeld ergab sich aus der Konkurrenz beider Länder um politischen und wirtschaftlichen Einfluss im Kaukasus und in Zentralasien. Als 1992 erstmals auch PKK-Kommandos über iranisches Gebiet in die Provinz Hakkari eindringen, argwöhnte man in der Türkei, dass die PKK mit Duldung der iranischen Regierung auch in Iran Stützpunkte unterhalte. Gemeinsame Wirtschaftsinteressen, wie u.a. der 1996 vereinbarte Bau einer Gaspipeline und die Lieferung von iranischem Erdgas an die Türkei, verhinderten allerdings einen offenen Bruch zwischen beiden Ländern. 1997 schlossen Iran und die Türkei ein Sicherheitsabkommen, das die Aktivitäten von Oppositionsgruppen des jeweils anderen Landes weitgehend einschränkte, jedoch nicht zur vollständigen Vertreibung der PKK aus Iran führte.

Mit **Armenien** belasten die Armenierdeportationen im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkriegs noch immer die Beziehungen. Die historischen Spannungen lebten erneut auf, als sich die Türkei im Berg-Karabagh-Konflikt eindeutig auf die Seite Aserbaidschans stellte. 1992 drangen PKK-Kommandos von armenischem Ge-

biet aus in die heutige Provinz İğdir vor. Gewisse Unterstützung fand die PKK unter der kurdisch muttersprachlichen Bevölkerungsgruppe in Armenien, die überwiegend aus Mitgliedern der yezidischen Glaubensgemeinschaft besteht. Es hieß, dass die PKK zwei Ausbildungslager auf armenischem Gebiet unterhalten habe. Als nach der Gefangennahme von Abdullah Öcalan die Anwesenheit von ARGK-Einheiten der PKK in Syrien und im Nordirak problematisch zu werden begann, hofften anscheinend einige Frontkommandanten, mit ihren Einheiten von Armenien aufgenommen zu werden.⁸⁴

Zwischen **Russland** und der Türkei klingen unterschwellig immer noch die Erinnerungen an die Auseinandersetzungen zwischen dem Zaren- und dem Osmanischen Reich nach. Sie lebten wieder auf, als die Türkei nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre Interessensphären auf den Kaukasus und die zentralasiatischen Turkstaaten auszudehnen begann. Im Tschetschenienkonflikt engagierte sich die Türkei auf tschetschenischer Seite, und der erste Präsident Tschetscheniens, Dschohar Dudaşow, verfügte bis Mitte 1994 über gute Kontakte zu hochrangigen türkischen Regierungsbeamten. Als Gegengewicht setzte Russland die PKK-Karte ein. 1994 fanden unter Schirmherrschaft des Ministeriums für Nationalitäten zwei Kurdenkongresse in Moskau statt, die die ERNK ausgerichtet hatte. Es folgten lokale Zusammenkünfte in mehreren Städten, darunter Tiflis und Almaty. Anfang Mai 1995 nahmen ERNK-Vertreter an den Gedenkfeiern zum 50. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs in Moskau teil und legten u.a. einen Kranz am Grabmal des unbekanntem Soldaten nieder,⁸⁵ und das *Kurdische Exilparlament* konnte im gleichen Jahr in

⁸³ Vgl. TDN, 13.10.1998 (Mustafa Erdoğan: „Can Damaskus sacrifice PKK?“).

⁸⁴ Vgl. TDN, 29.9.2000 („PKK asks for more assistance from Armenia“).

⁸⁵ Ebenfalls an den Gedenkfeier teilgenommen hatte auch die damalige Ministerpräsidentin der Türkei, Frau Çiller!

in den Räumen des russischen Parlaments tagen. Türkische Proteste ließ die russische Regierung unter Hinweis auf ihre „Nichtzuständigkeit“ für die Veranstaltungen ins Leere laufen.

Die aus den Aktivitäten der PKK entstandenen türkisch-russischen Spannungen hatten direkte Auswirkungen auf die Folgekonferenzen des 1990 geschlossenen Abkommens über Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa. Auf der Wiener Konferenz über konventionelle Streitkräfte in Europa (CFE) machte die Türkei 1995 gegenüber den russischen Forderungen nach einer Ausnahmeregelung in den kaukasischen und transkaukasischen Gebieten geltend, dass dadurch ihre Sicherheitsinteressen verletzt würden. Erst auf der Tagung 1996 fand man einen Kompromiss über den Zeitplan der russischen Truppenreduzierung.

Als sich die russisch-türkischen Beziehungen durch gemeinsame Wirtschaftsinteressen im *Bluestream-Project*⁸⁶ 1998 zu verbessern begannen, bedeutete das noch nicht das Ende der Bewegungsfreiheit für die PKK in Russland und anderen Staaten der GUS. Abdullah Öcalan hatte nach seiner Flucht aus Syrien in einer Datscha vor den Toren Moskaus vorübergehenden Unterschlupf gefunden, wobei sich Russland allerdings gescheut hatte, ihm offiziell Asyl zu gewähren. Nachdem der israelische Geheimdienst Öcalan aufgespürt hatte, versuchte Russland offenbar, den unbequemen Gast so schnell wie möglich wieder loszuwerden.

Mit **Griechenland** ist das Verhältnis ebenfalls historisch belastet. Aufgeheizt durch den Ägäis- und den Zypernkonflikt, brachten die griechisch-türkischen Spannungen der PKK weitgehenden Handlungsspielraum in Griechenland und im griechischen

Teil Zyperns ein. 1997 deckte der türkische Geheimdienst (*Milli İstihbarat Teşkilatı/MİT*) auf, dass der griechische Militärattaché und ein Konsulatsangehöriger in Istanbul Spionage für die PKK betrieben. Ein besonders enges Verhältnis bestand zwischen der PKK und der PASOK (*Panhellenistischen Sozialistischen Partei*) Griechenlands. 1998 nahmen u.a. Abgeordnete der PASOK an der Eröffnung eines ERNK-Büros in Athen teil. Die Odyssee Abdullah Öcalans Anfang 1999 endete in der Residenz des griechischen Botschafters in Nairobi. Während seiner Flucht hatte Öcalan einen in Südzypern ausgestellten Pass benutzt. Nach der Entführung des Apo aus Nairobi stimmte selbst der damalige türkische Staatspräsident, Süleyman Demirel, in die griechenlandfeindlichen Äußerungen der Türkei ein und bezeichnete Griechenland als „Schurkenstaat“.⁸⁷

Der **Irak** bildet einen Sonderfall. Die Anwesenheit von PKK-Kommandos, die im Nordirak über die Grenze hinweg operierten, veranlassten die Türkei erstmalig 1983 zu einer grenzüberschreitenden Militäraktion, damals mit Einverständnis der irakischen Zentralregierung. Seit 1991 finden derartige Aktionen des türkischen Militärs mehrmals im Jahr statt. 1992 gingen Kampfverbände der nordirakischen Kurden militärisch gegen die PKK-Kommandos im Grenzgebiet vor; nach zehn Tagen beteiligten sich türkische Truppen daran. Zwei Wochen später ergaben sich die PKK-Verbände unter dem Kommando von Osman Öcalan, dem Bruder von Abdullah, den nordirakischen Kurden. Um sie nicht in türkische Gefangenschaft geraten zu lassen, organisierten ihre kurdischen Volksgenossen im Nordirak in aller Eile den Abtransport von 13.000 PKK-Kämpfern in ein Lager bei Zahle nahe der iranischen Grenze, 120 km von der Grenze zur Türkei entfernt. Zahle liegt in dem von der PUK (*Patriotischen Union Kurdistans*) kontrollierten Gebiet. In den Hegemoniekämpfen zwi-

⁸⁶ Vom damaligen türkischen Ministerpräsidenten Yılmaz 1998 eingeleitet, beinhaltete es den Bau einer Gaspipeline von Russland durch das Schwarze Meer in die Türkei. 1999 schlossen beide Länder offiziell ein Gasabkommen.

⁸⁷ TDN, 23.2.1999.

schen Masud Barzani und seiner *Demokratischen Partei Kurdistans* und Jalal Talabani an der Spitze der PUK versuchte die PKK 1995 offenbar, sich im Gebiet der *Demokratischen Partei Kurdistans* ein eigenes Herrschaftsterritorium abzustecken. Seit September 2000 kam es wiederholt zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen der PUK und der PKK im Gebiet um das Lager Zahle, nachdem die PUK anscheinend auf türkisches Drängen hin ihre Sympathien gegenüber der PKK revidiert hatte.

Bis zum zweiten Golfkrieg (1991) und dem anschließenden Irakembargo hatte die Türkei wirtschaftliche Vorteile aus der Doppelpipeline gezogen, welche die irakischen Ölfelder von Kirkuk und Mosul mit dem türkischen Mittelmeerhafen Yumurtalik bei Adana verbindet. Grundsätzlich einig waren sich beide Staaten gewesen, Ansätze zu einem eigenständigen Kurdenstaat schon im Keim zu ersticken. Eine gewisse Trübung erfuhr dieses Einvernehmen, als die Türkei im August 1988 ihre Grenze für 56.000 kurdische Flüchtlinge aus dem Irak öffnete. In den folgenden Jahren, als die irakische Zentralregierung das nordirakische Kurdengebiet kontrollierte, gewährte sie allem Anschein nach der PKK Bewegungsfreiheit im Grenzgebiet zur Türkei. Während des zweiten Golfkriegs stellte sich die Türkei eindeutig auf die Seite der westlichen Alliierten und gestattete ihnen, den amerikanischen NATO-Stützpunkt İncirlik bei Adana zu benutzen. Die halbjährliche Zustimmung des türkischen Parlaments zu den seit 1991 von den westlichen Alliierten von İncirlik aus durchgeführten Kontrollflügen über Nordirak sowie die grenzüberschreitenden Aktionen des türkischen Militärs belasten zwar die Beziehungen der Türkei zum Irak, führten bisher jedoch nicht zu gegenseitigen Polemiken. Beide Seiten sind an einer „Normalisierung“ der Beziehungen interessiert. Mehrmals drängte die Türkei Masud Barzani, direkte Verhandlungen mit der irakischen Zentralregierung zu führen.

Die in Westeuropa weit verbreiteten Sympathien mit Autonomieforderungen der Kurden in der Türkei und in diesem Zusammenhang auch mit der PKK beeinträchtigen des öfteren die Beziehungen einzelner Länder zur Türkei.

Mit der Schweiz kam es 1993/1994 zu einer über einjährigen reziproken Rückberufung der Botschafter, nachdem 1993 während der von der PKK zeitgleich in mehreren europäischen Städten organisierten Demonstrationen in Bern mehrere Personen über den Zaun um das Gelände der türkischen Botschaft geklettert waren. Sicherheitsbeamte der Botschaft hatten auf die Eindringlinge geschossen und einen von ihnen getötet.

Eine kurzfristige Rückberufung des türkischen Botschafters aus Amsterdam erfolgte 1995, nachdem die Niederlande die Gründung des Kurdischen Exilparlaments in Den Haag gestattet hatten. Offizielle Protestnoten richtete die Türkei auch an Dänemark und Italien, wo das Exilparlament 1996 resp. 1996 und 1998 getagt hatte. Nachdem Italien im November 1998 Abdullah Öcalan aus dem Polizeigewahrsam entlassen, einen türkischen Auslieferungsantrag abgelehnt und im Dezember auch die Bewegungseinschränkungen für Öcalan aufgehoben hatte, folgten weitere Proteste der Türkei.

Auch in den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Türkei spielten die Kurdenfrage und die PKK wiederholt eine Rolle. Vom März bis Juni 1992 verhängte Deutschland ein Waffenembargo gegen die Türkei, weil die türkischen Sicherheitskräfte bei Newroz-Unruhen Schützenpanzer aus NVA-Beständen eingesetzt hatte. Ein weiteres dreimonatiges Waffen-Embargo folgte aus dem gleichen Grund 1994; 1995, als es den Anschein hatte, als sollten türkische Truppen längerfristig im Nordirak stationiert werden, forderte die Bundesrepublik eine Darlehensgarantie für türkische Rüstungsgüter bis zum Rückzug der türkischen Truppen ein. Mit besonderer Polemik gegen Deutschland reagierte die Türkei 1994/1995. Im No-

vember 1994 hatte sich der CDU-Abgeordnete Lummer mit Abdullah Öcalan in Damaskus getroffen und, wie erst danach bekannt wurde, hatte auch ein Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Öcalan persönlich kontaktiert. Auf Unverständnis in der türkischen Öffentlichkeit stieß 1998 die Haltung der Bundesrepublik, aus Sicherheitsüberlegungen keinen Auslieferungsantrag für Öcalan an Italien zu stellen, der dort bei seiner Einreise auf Grund eines auf die Schengener-Vertragsstaaten ausgedehnten Haftbefehls eines deutschen Gerichts in Gewahrsam genommen worden war.

Der 11. September 2001 und die anschließende Antiterror-Kampagne der USA wirkten sich auch auf die Einstellung der *Europäischen Union* (EU) gegenüber der PKK aus. Noch Ende des Jahres 2001 hatten die PKK und die DHKP-C nicht auf der von der EU veröffentlichten Liste terroristischen Vereinigungen gestanden.⁸⁸ Die neue Liste vom 3.5.2002 führte dagegen PKK und DHKP-C als terroristische Vereinigungen auf und die EU ließ die Option offen, auch die KADEK in die Liste aufzunehmen. Es war ein Schritt, der nicht zuletzt auf die wieder zugenommene Bedeutung der Türkei als Eckpfeiler in der Antiterror-Kampagne Rechnung trug. Im Gegenzug erwartete die EU von der Türkei allerdings, dass sie sich in der Kurdenfrage weiter auf die EU zubewegt.⁸⁹

4. Opposition und Abwehr: Austragungsort Ausland

Drei der wesentlichen Konfliktlinien in der Türkei sind gesellschaftlicher Pluralismus vs. türkzentrierter Nationalismus, Laizismus vs. Islamismus mit einem davon überlagerten sunnitisch – alewitischen Konflikt sowie Wirtschaftsliberalismus vs. Etatismus. Die Unterdrückung von Parteien, die sich entlang der ersten beiden Konfliktlagen orientieren und über die eine demokratische Austragung erfolgen könnte, führte zur Ra-

dikalisierung von Oppositionsgruppen. Im Inland verfolgt, verlagerten sie ihre Aktivitäten ins Ausland. Hier trugen sie zum einen Hegemoniekämpfe untereinander aus.⁹⁰ So kam es u.a. im Juni 1993 in Paris zu einem Schusswechsel zwischen zwei rivalisierenden Linksgruppierungen, bei dem eine Person den Tod fand.⁹¹ Zum anderen setzten sie im Ausland ihren Kampf gegen den türkischen Staat fort. Ein markantes Beispiel sind die am 24.6. zeitgleich um zehn Uhr vormittags in 29 Städten in Dänemark, Deutschland, England, Frankreich und der Schweiz von der ERNK inszenierten Kravalle, bei denen kurdische Demonstranten staatliche türkische Einrichtungen wie Reisebüros, Büros der Fluggesellschaft, Banken sowie auch türkische Geschäfte verwüsteten. In Marseille besetzten die Demonstranten vorübergehend das türkische Konsulat, die Besetzung des Generalkonsulats in München erstreckte sich über zwei Tage, in Bern blieb es beim Besetzungsversuch. Ähnliches wiederholte sich am 4.11.1993 in mehreren deutschen Städten sowie in Basel, Bern, Zürich, Brüssel, Kopenhagen, Wien und London. In Wiesbaden kam dabei ein Türke bei einem Brandanschlag auf ein türkisches Restaurant ums Leben. Daneben versuchte die PKK durch Propagandaaktionen und verdeckte und offene Terrordrohungen die Politik Deutschlands gegenüber der Türkei in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Kurdische Forderungen nach Selbstbestimmung – von kultureller bis hin zur staatlichen Autonomie – stellten das Staatsverständnis und die Staatslegitimation der Türkei in Frage. Die Staatsorgane, allen voran das Militär als Wächter über die kemalistische Staatsdoktrin, gingen rigoros gegen den „kurdischen Separatismus“ vor, wobei auch sie das Ausland in ihren Abwehrkampf einbezogen und sich dabei nicht nur auf die Ausschöpfung aller diplomatischen Möglichkeiten beschränkten.

⁸⁸ TDN, 29.12.2001 („EU excludes PKK, DHKP-C from terror list“).

⁸⁹ TDN, 4.5.2002 („EU widens terrorist list...“).

⁹⁰ Vgl. PKK – PSK, DHKP-C – THKP-C.

⁹¹ TDN, 23.6.1993 („Three Turkish militants jailed...“).

Abgesehen von den grenzüberschreitenden Militäraktionen im Nordirak war auch der türkische Geheimdienst MİT unter der türkischen Gastbevölkerung im Ausland tätig. So „enttarnte“ z. B. eine Fernsehsendung der ARD in Deutschland Anfang April 1990 15 türkische Diplomaten, die für den Geheimdienst arbeiteten.⁹² Eine weitere Taktik kam 1998 mit dem Auslandseinsatz von Spezialkommandos gegen einzelne Zielpersonen hinzu. Den Auftakt bildete die Entführung von Şemdin Sakık aus dem Nordirak. Spektakulärer Höhepunkt dieser Taktik war die Entführung von PKK-Führer Abdullah Öcalan aus Nairobi im Februar 1999. Im Juli des gleichen Jahres folgte die Entführung des PKK-Funktionärs Cevat Soysal aus Moldawien.

Außer der PKK und ihren Unter- und Nachfolgeorganisationen schenkten die türkischen Staatsorgane besondere Aufmerksamkeit den Auslandsaktivitäten der DHKP-C und radikalen islamistischen Organisationen. Die DHKP-C hatte 1996 mit der PKK eine *Revolutionäre Front* gebildet.

Nach der Gefangennahme von Öcalan kritisierte die DHKP-C heftig den neuen, auf eine politische Lösung ausgerichteten Kurs der PKK.

Eine vom Generalstab der türkischen Streitkräfte eingerichtete *Arbeitsgruppe West* sammelte Informationen über die Aktivitäten islamistischer Organisationen im In- und im Ausland. Die Existenz dieser Gruppe kam 1997 durch eine Maulwurfaffäre ans Tageslicht.⁹³ Offiziellen Darstellungen zufolge wurde die Gruppe aufgelöst.

An den EU-Beitritt der Türkei sind Forderungen nach einer Änderung der sozio-politischen Rahmenbedingungen im Lande geknüpft. Dies impliziert eine Neudefinition

von „Opposition“ in der Türkei und einen neuen, politischen Umgang mit Oppositionsgruppen. Es ist daher zu hoffen, dass sich in dem Maße, wie die Voraussetzungen für eine demokratische Lösung von gesellschaftlichen Konflikten in der Türkei zunehmen, die Bedeutung radikaler Oppositionsgruppen im Ausland abnimmt und ein sich bereits jetzt abzeichnender Trend der Marginalisierung fortsetzt.

⁹² Vgl. Franz, Erhard: Türkei, in: Koszinowski, Thomas/Mattes, Hanspeter (Hrsg.): Nahost-Jahrbuch 1990, Opladen 1991, S. 155-159; hier: S. 159.

⁹³ Vgl. Franz, Erhard: Türkei, in: Koszinowski, Thomas/Mattes, Hanspeter (Hrsg.): Nahost-Jahrbuch 1997, Opladen 1998, S. 158-165; hier: S. 158/159.